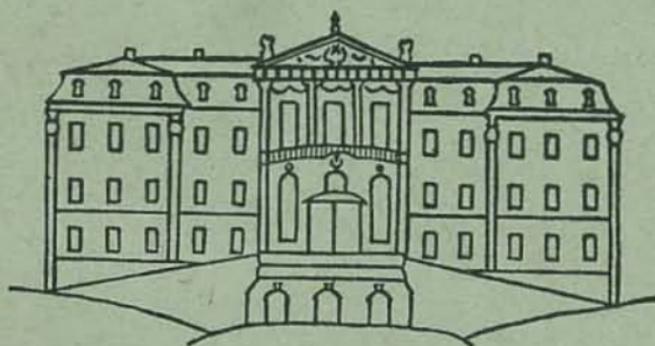


Hefte aus Burgscheidungen

---

Prof. Dr. Gerhard Kehnscherper

Christliche Existenz  
in der sozialistischen Ordnung



84/85

---

Herausgegeben von der Zentralen Schulungsstätte „Otto Nuschke“  
in Verbindung mit der Parteileitung der CDU

Hefte aus Burgscheidungen

---

Prof. Dr. Gerhard Kehnscherper

Christliche Existenz  
in der sozialistischen Ordnung

1962

---

Herausgegeben von der Zentralen Schulungsstätte „Otto Nuschke“  
in Verbindung mit der Parteileitung der CDU

## Inhaltsverzeichnis

Vorbemerkung / .....	5
1. Christliche Zukunftserwartung oder 'Christ mitten in der Welt'? .....	6
2. Die tragische Kettung des deutschen Protestantismus an die bürgerlich-kapitalistische Welt .....	11
a) Das Eigentum .....	14
b) Die Freiheit .....	25
c) Krieg und Revolution .....	35
3. Die Vereinbarung von Staat und Kirche vom 21. Juli 1958	44

### Vorbemerkung

Das vorliegende Heft ist ein Teildruck einer größeren geschichtlichen und religionssoziologischen Untersuchung „Die Begegnung von Christentum und Sozialismus“, in der an Hand zahlreicher Belege die Begegnung der Kirche mit der aufkommenden revolutionären Arbeiterbewegung im vorigen Jahrhundert zur Darstellung gebracht und dann für unsere kirchlichen Aufgaben heute ausgewertet werden soll.

Ein Teildruck bleibt immer ein Torso. Es kann daher nur der Wunsch des Verfassers sein, daß den Lesern bald die ganze Arbeit zugänglich sein möge. Denn viele Aussagen dieses Heftes, zumal solche von wegweisendem ethischem Charakter, erscheinen jetzt als Behauptungen und Aussagen ohne nähere Begründung. Sie sind aber aus gewissen geschichtlichen Tatsachen und Erkenntnissen abgeleitet, die sich im Laufe der Untersuchungen ergeben oder sogar aufgedrängt haben.

Trotz dieses unvermeidbaren Mangels eines Teildruckes war der Wunsch der Schriftleitungen der ‚Hefte aus Burgscheidungen‘ berechtigt, das Schlußkapitel der Untersuchung schon jetzt zum Abdruck zu bringen. Denn bei dem Gespräch über *das Eigentum*, über *die Freiheit* sowie über *Krieg und Revolution* geht es nicht um theoretische Erörterungen. Vielmehr berühren diese Probleme die Grundlage unserer Existenz und Bewährung als Christen.

Für viele Christen ist es nicht leicht, sich von Vorstellungen und Glaubensnormen frei zu machen, die früher einmal groß und richtig waren, die heute aber nicht mehr zeitbezogen und gültig sind. Infolge unsachlicher Angriffe auf das sozialistische Ethos meinen andere, daß ein Christ, für den das Neue Testament die oberste Richtschnur des Glaubens und Handelns ist, vom Sozialismus nichts lernen könne, ja, ihn ablehnen müsse. Weil die Dinge nun aber wesentlich anders liegen und auch für Christen das neutestamentliche Gebot gilt, auf die Zeit zu hören, sich in die Zeit zu schicken und die Zeit auszukaufen, verbindet sich uns mit diesem Teildruck die Hoffnung, daß die Lektüre dieses Heftes auch in seiner Begrenzung helfend und klärend sein möge.

Der Verfasser

## 1. Christliche Zukunftserwartung

In den Protokollen des Deutschen Evangelischen Kirchentages Berlin 1951 erscheint wiederholt die Aussage: „Es ist nicht Aufgabe des Evangeliums, an den bestehenden Verhältnissen irgend etwas zu verändern.“ Dieser Kirchentag war der groß angelegte Versuch, die Botschaft Jesu vom Anbruch der Gottesherrschaft zum Heile der Armen, Verelendeten und Versklavten, der Kranken, Gefangenen und Verfolgten *in bewußten Gegensatz zu der Zielsetzung des Sozialismus zu bringen, nämlich das Gesicht der Erde zum Nutzen der Menschen zu verändern und die Erde wohlicher zu machen*, indem man das Evangelium zu sehr spiritualisierte, d. h. in die Innerlichkeit verlagerte, und eschatologisierte, d. h. in die Auferstehungswelt verwies.

Die Geschichte der christlichen Theologie dürfte hinreichende Beweise für die Erkenntnis vermitteln, daß die zur Zeit von bestimmten kirchlichen Kreisen geforderte eschatologische Sicht aller theologischen, kirchlichen und ethischen Probleme *kein Absolutum* ist und keinesfalls das ‚Wesen des Christentums‘ ausmacht. Denn es hat bedeutende und anerkannte Formen der christlichen Frömmigkeit gegeben, ebenso wie zahlreiche hochgeschätzte Theologen, denen es ferngelegen hat, jedes theologische Problem von der Eschatologie her zu sehen und die Erfüllung der sittlichen Aufgaben erst in der Auferstehungswelt zu erwarten.

Es ist vielmehr eine dogmengeschichtliche Tatsache, daß während besonderer Krisen- und Notzeiten eschatologische Gesichtspunkte in den Vordergrund zu treten pflegten. Dieses eschatologische Verständnis des Christentums ist oft sehr abstrakt und weltfremd, vielfach sogar wirklichkeitsfeindlich gewesen.<sup>1)</sup> Die Glut und Leidenschaft der eschatologischen Erwartung war mit einer erschreckenden Gleichgültigkeit gegenüber den Notständen auf dieser Erde verbunden. Deshalb hatte sich Luther zu der Mahnung veranlaßt gesehen, daß er heute seinen Apfelbaum pflanzen würde, wenn er wüßte, daß

1) In der „Evangelischen Kirchenzeitung“ des Berliner Theologen Hengstenberg heißt es in einem Aufsatz gegen Weitling (89/1843, S. 711):

„Wenn einmal das Christentum alle Reiche der Erde und alle Schichten des Lebens wahrhaft mit seinem Geiste durchdrungen hat, würde allerdings eine Erscheinung, wie das Proletariat, unmöglich sein.“

„Aber“, so fährt man fort, „wir haben vor Christi Wiederkehr, d. h. vor dem Ende der Dinge keine Hoffnung auf solch sündlosen, öffentlichen Zustand.“

Eschatologie als Ruheklissen für sozial-ethische Trägheit! Dazu die indirekte Bezeichnung des Proletariats als „sündiger Zustand“! Diese Kirchenzeitung hat das Luthertum vieler Jahrzehnte geprägt und bestimmt! Diese theologische Haltung ist auch heute bei vielen Pfarrern und Gemeindegliedern noch nicht überwunden. Unsere Aussage, daß das eschatologische Verständnis des Christentums vielfach weltfremd und wirklichkeitsfeindlich gewesen sei, beruht also auf kirchengeschichtlichen Tatsachen.

morgen „der liebe Jüngste Tag“ anbrechen würde. Auf Frömmigkeitsperioden mit eschatologischem Charakter folgten daher zwangsmäßig Frömmigkeitsformen ganz anderer Art, da in der Gemeinde und der Welt erst einmal nachgeholt werden mußte, was man infolge einer allzu starken Hinwendung zur Eschatologie versäumt hatte.

Da nun die Mehrzahl der evangelischen Kirchenleitungen, insonderheit der Gliedkirchen in der Bundesrepublik, eine restaurative und nationalistische Politik befürworten und sogar Militarismus und Kolonialismus moralisch rechtfertigen<sup>2)</sup>, andererseits aber eine theologische Auseinandersetzung mit dem Marxismus vermeiden und im Kommunismus den Feind der Menschheit sehen, haben diese Kräfte sich mit dem eschatologischen Aspekt eine theologische Plattform geschaffen — besonders in den Evangelischen Akademien in Friedewald, Loccum und Bad Boll —, von der aus sie über alle sozialistischen Staaten des Ostens ihr „endgültiges und unerbittliches Nein“ (Dibelius) sprechen. Von der Eschatologie her glaubt man sich berechtigt, *jedes Mittel* rechtfertigen zu dürfen, wenn es den Untergang des Kommunismus herbeiführen könnte. So war es keine Entgleisung, sondern der Ausdruck dieser typischen theologischen Haltung dieser Kräftegruppe, die durch ähnliche Aussagen vielfach belegt werden könnte, wenn der verstorbene Oberkirchenrat und Bundestagspräsident Dr. Ehlers in der Debatte um die EVG-Verträge (Europäische Verteidigungsgemeinschaft) laut Protokoll sagte:

„Es kann durchaus Situationen geben, in denen Deutsche auf Deutsche schießen müssen... Das 5. Gebot hat nur eschatologischen Charakter und wird erst in einer besseren Welt seine Erfüllung finden.“

Von der Eschatologie her meint man jede theologische Auffassung, die den *Kairos*-Gedanken, der betont, daß wir Christen in dieser *Erdenzeit* leben müssen, und das *Existenz*-Problem, welches deutlich macht, daß wir Christen kein Problem nur theoretisch, als unbeteiligte Zuschauer behandeln können, sondern immer nur als Verantwortliche, in den Mittelpunkt der Dogmatik und Ethik stellt, als Verfälschung der evange-

2) Während sich alle Welt über den grausamen Kolonialkrieg der Franzosen in Algerien entsetzte, verteidigte das von Bischof Lilje herausgegebene „Sonntagsblatt“ am 23. 2. 1958 in einem Leitartikel unter der Schlagzeile „Feuerwehr in Afrika“ den völkerrechtswidrigen Überfall der Franzosen auf eine friedliche tunesische Stadt, dem etwa 1000 Menschen zum Opfer fielen, mit folgenden Worten:

„Der Vergeltungsakt (wofür? d. Verf.) der französischen lokalen (!) Militärbehörden gegen das tunesische Sakiel Sidi Jussef... und die Entschlossenheit Frankreichs, seine algerische Position nicht aufzugeben... mag im Hinblick auf eine anscheinend unauweiche historische Entwicklung falsch sein. Sie ist heute und für die Weltpolitik dieser Zeit eine Realität. Auch wir Deutschen sollten das zur Kenntnis nehmen. Es kann nicht unsere Aufgabe sein, ständig mit erhobenem Zeigefinger des Schulmeisters die Franzosen korrigieren zu wollen!“

lischen Botschaft abtun zu können. Diese eschatologische Betrachtungsweise und Haltung sind heute in der protestantischen Theologie derart ausgeprägt, daß jeder Theologe in Gefahr gerät, der Irrlehre bezichtigt zu werden, der sich diese Auffassung nicht auch zu eigen macht.<sup>3)</sup> Jesus Christus aber hat von den letzten Dingen gesagt, daß es uns Menschen nicht gebühre, Zeit oder Stunde göttlicher Entscheidungen zu wissen oder über Urteile zu verfügen, die Gott seiner Macht vorbehalten hat. Zum anderen muß der Absolutheitsanspruch, den die eschatologisch-kerygmatische Theologie heute erhebt, durch den Hinweis zurückgewiesen werden, daß diese theologische Lehrmeinung erst nach 1945 ihre konsequente Ausprägung erfahren hat.

Wenn wir diese Abgrenzung vornehmen, soll und darf nicht bestritten werden, daß die Predigt Jesu vom Anbruch der Gottesherrschaft, sein Liebeswirken für Hungernde und Kranke und sein Tod auf Golgatha erst durch das Ostergeschehen zu einem Abschluß gebracht worden sind. Die Botschaft von der Überwindung des Todes und der Auferstehung der Toten ist die zentrale Botschaft des Christentums. Aber es kann kein Zweifel darüber bestehen, daß zum Beispiel die orthodoxen Kirchen des Ostens die Osterbotschaft und den Auferstandenen *noch in ganz anderer Weise* in den Mittelpunkt ihres gesamten gottesdienstlichen und kirchlichen Tuns gestellt haben als die katholische oder die protestantischen Kirchen. Christus kam zur Erde, um den Bedrängten zu helfen. *Gott wurde Mensch*, um die Menschen aus der Bedrängnis dieser Zeit, aus dem ‚Kairos‘, und aus den Nöten des Erdendaseins, aus diesem Aion, zu erlösen.

Wir müssen daher in der eschatologischen Theologie derselben Bischöfe, die auf der obersten Synode der EKid keinen Beschluß gegen die atomare Ausrüstung der Bundeswehr und die Anwendung von Massenvernichtungsmitteln faßten<sup>4)</sup>, aber

3) Mit Recht haben verschiedene Kritiker der eschatologischen Betrachtungsweise darauf aufmerksam gemacht, daß konsequentes eschatologisches Denken ein „Denken an Gottes Statt“ ist: der Mensch weiß genau, was Gott denken, wie er entscheiden und wie er richten muß. Demgegenüber erinnern uns Altes und Neues Testament an die Tatsache, daß Gottes Gedanken immer ganz anders als unsere menschlichen Gedanken sind.

4) Wohl hatten sich Synoden der EKU gegen die atomaren Waffen ausgesprochen. Auch Synoden der EKID hatten sich zu den Erklärungen von Minneapolis und New Haven bekannt, in denen die Herstellung und Anwendung von Atomwaffen als unvereinbar mit dem Willen Gottes bezeichnet worden waren. Aber diese Erklärungen blieben unwirksam. Die atomare Ausrüstung der Bundeswehr wurde dadurch nicht berührt. Man muß die Kommentare dazu im „Sonntagsblatt“, in „Christ und Welt“ oder von Propst Asmussen und Eberhard Müller lesen, die im Gegensatz zu diesen Beschlüssen die Atomwaffen folgendermaßen rechtfertigten: „Natürlich will Gott weder Krieg noch Atomtod.“ Aber dann wird aus der Anwendung der Atomwaffen eine „Ermessensfrage“ gemacht.

trotz aller Warnungen durch Männer wie Niemöller, Gollwitzer und Vogel und der Eingaben der Kirchlichen Bruderschaften den Militärsorgevertrag annahmen, *eine Flucht vor den eigentlichen kirchlichen Aufgaben sehen*, die die Kirche heute zu erfüllen hat! Da das Neue Testament keine Grundlage für eine exklusive eschatologische Theologie bietet, ist es nicht statthaft, von einer ‚nur-eschatologischen‘ Sicht her zu sagen: Das 5. Gebot könne auf dieser Erde nicht radikal erfüllt werden; es stehe daher dem Staate anstelle des früheren ‚Schwertamtes‘ sogar das ‚Atomwaffenamt‘ zu (wie es im Vorbereitungsheft des Kirchentages von Stuttgart gefordert wurde); erst im besseren Jenseits werde Gott uns den Frieden schaffen, den wir auf dieser Erde nicht haben könnten. Hebt eine derartige eschatologische Sicht nicht jedes reale göttliche Gebot auf? Wesentliche ethische Grundsätze werden zu ‚Ermessensfragen‘ umgedeutet. Mit ihrer Hilfe wird sogar das Verbrechen eines Atomkrieges und Bruderkrieges gerechtfertigt<sup>5)</sup>

Dr. Heinemann stellte im Bundestag fest, daß der „Evangelische Arbeitskreis“ der CDU in seiner Wahlnummer zu den Bundestagswahlen 1957 der theologischen Meinung Ausdruck gegeben habe, daß „der Westen ja noch eine Waffe gegen das Untier im Osten habe“ und daß diese Waffe „die aufhaltende Macht im Sinne des 2. Thessalonicher-Briefes gegen den Antichrist“ sei. — Es ist nicht bekannt geworden, daß derartige theologische Meinungsäußerungen von offizieller kirchlicher Seite jemals zurückgewiesen worden wären, wie auch der Protest Dr. Heinemanns von der kirchlichen Presse nicht wiedergegeben wurde.

5) Besonders bitter ist es, in welcher Weise der Beschluß der Synode der EKID Berlin 1958: „In der Liebe zusammenbleiben“ von den Atomwaffentheologen ausgewertet wurde. — Der frühere Pfarrer und jetzige Kultusminister von Schleswig-Holstein Edo Osterloh kommentierte auf dem Kirchentag von München 1959 diesen Beschluß dahin, daß die Synode beide Auffassungen, nämlich die radikale Ächtung der Atomwaffen und ihre Anwendung, als einen Akt christlicher Nächstenliebe gebilligt habe. Aber das hatte die Synode niemals getan! Denn man kann nicht zugleich Gott dienen und dem Kriegsgott. Dieses doppelte Herrenum scheidet für einen Christen aus. Christus hat keine Gemeinschaft mit Beliar (2. Kor. 6, 15).

Wir verurteilen daher ganz besonders *die Methode*, mit deren Hilfe die Atomkriegstheologie in unserer Kirche durchgesetzt wird! Vor der Synode Berlin 1957 empfahl Bischof Kunst die Annahme des Militärsorgevertrages mit der Begründung, daß „wir noch mindestens 18 Monate Zeit hätten, bis wir der Frage der atomaren Ausrüstung der Bundeswehr gegenüberstehen“. Als dann bereits nach acht Monaten durch die Indiskretion eines Generals bekannt wurde, daß die Bundeswehrsoldaten bereits an Atomwaffen ausgebildet wurden, verlangten einige Synodalen eine entsprechende Änderung des Militärsorgevertrages. Aber jetzt erklärte Bischof Kunst: „Eine Änderung ist nicht nötig; der Vertrag wurde bereits im Hinblick auf die atomare Bewaffnung ausgearbeitet!“ — Auf Vorschlag von D. Kunst und Dr. Gerstenmaier beschloß dann die Synode Berlin 1960, daß der Militärsorgevertrag für die Gliedkirchen in der Deutschen Demokratischen Republik nicht verbindlich wäre. Aber als der Militär-bischof Kunst im Juni 1961 den Wehrbereich I Hamburg/Schleswig-Holstein inspizierte, wurde er von westlichen Pressekorrespondenten gefragt, „ob es mit seinem geistlichen Amte zu vereinbaren sei, ständig von einer Eskorte motorisierter Polizisten und bewaffneter Feldjäger der Bundeswehr begleitet zu werden“.

und — das ist die praktische Konsequenz! — jede andere christliche Auffassung der Aburteilung durch das Kriegsgericht ausgeliefert.<sup>6)</sup>

Wir müssen daher die Überbetonung der Eschatologie als nicht-neutestamentlich ablehnen. *Wir haben als Christen mitten in der Welt zu stehen und dort unseren Glauben zu bewahren.* Zudem gilt es den Widerspruch zu erkennen, daß die eschatologische Sicht nur *scheinbar* radikal ist. Zu nahe liegt die Gefahr, die das Christentum in der Welt kraftlos macht und dadurch die Glaubwürdigkeit der christlichen Verkündigung gefährdet. Jesus hat in seinem letzten Gebet, das das „hohepriesterliche Gebet“ genannt wird, gesagt: „Ich bitte nicht, sie aus der Welt herauszunehmen, sondern sie vor dem Bösen zu bewahren.“ Er hat gesagt, daß er die Seinen „in die Welt“ senden müsse, damit dort das Wort der Wahrheit verkündet werden könnte. Er gab ihnen den Auftrag: „Gebt ihr ihnen zu essen!“ Seine Weisung lautete: „Macht Kranke gesund!“ So hat er die Jünger an die großen Aufgaben auf dieser Erde gewiesen. Gewiß geschieht Gottes Wille zu allen Zeiten „im Himmel“; aber er soll auch „auf Erden geschehen“! Wir vermögen deshalb nicht die Auffassung zu teilen, daß wir diese klaren Worte Jesu erst mit Hilfe einer eschatologi-

Darauf antwortete Bischof Kunst nach westlichen Pressemeldungen wörtlich — und seine Antwort machte den Beschluß der Synode betreffs der Ungültigkeit des Militärseelsorgevertrages in der DDR hinfällig —: „Schließlich repräsentiere ich als der Bevollmächtigte des Rates der EKID (für die Militärseelsorge; d. Verf.) bei der Bundesregierung die *gesamte evangelische Kirche, nicht nur in der Bundesrepublik.*“

6) Den peinlichsten Kommentar in dieser Hinsicht finden wir in Nr. 43 des „Sonntagsblattes“ vom 23. 10. 1955 in einem Aufsatz von Georg Flor „Der Dienst mit der Waffe“; es heißt dort:

„Trotzdem wird, wer den Wehrdienst ablehnt, *weil er den Bruderkrieg fürchtet*, den Schutz des Art. 4, Abs. 3 (des Grundgesetzes; d. Verf.) *nicht erfahren können*, auch dann nicht, wenn er unter dem Zwange seines Gewissen steht.“ — Dann heißt es weiter: „Dennoch rechtfertigt die *Sorge um den Einsatz von Atomwaffen* den Schutz des Art. 4, Abs. 3 *noch nicht*. Denn auch hier handelt es sich um eine Entscheidung im politischen Raum.“

„Es wäre ein schwerwiegendes Mißverständnis, wollte man den Art. 4, Abs. 3 dahin verstehen, als könne er alle Konflikte, die durch den Wehrdienst hervorgerufen werden, ausräumen. Im Gegenteil werden ... die Konflikte noch bitterer und häufiger sein als früher. Sie werden *von dem einzelnen ausgehalten und durchgestanden werden müssen.*“

So sehen die theologischen und kirchlichen Beiträge aus, die offenbar mithelfen sollten, die allgemeine Dienstpflicht durchzubringen, die Eingliederung der Bundeswehr in die NATO zu rechtfertigen und den Widerspruch der Christen gegen die atomare Aufrüstung niederzuhalten! Einen Christen, der aus Sorge vor einem Bruderkrieg und Atomwaffenkrieg zum Kriegsdienstverweigerer werden könnte, verweigert der Kommentar in dem führenden kirchlichen Blatt Westdeutschlands den Schutz des Grundgesetzes und läßt ihn wissen, daß er im Falle von Schwierigkeiten nicht auf den Beistand der Kirche zu rechnen habe! — Was werden künftige Generationen einmal zu dieser Haltung sagen!

schen Theologie richtig deuten könnten.<sup>7)</sup> Was Jesus gesagt und gepredigt hat, das hat er den Lebenden, den Menschen auf dieser Erde und in dieser Zeit, gepredigt. Seine Worte sind klar genug, um in jedem Fall richtig verstanden zu werden. Auch „von Ostern her“ bekommen sie grundsätzlich keine andere Deutung! Jesus hat niemals auf den Himmel verwiesen, ohne vorher auf der Erde geholfen zu haben. So haben wir als Christen *mitten in der Welt* zu stehen, wie Jesus sagte: „Ich sende euch!“ Durch diese Sendung der Christen sollen in der Welt alle menschlichen Verhältnisse und Ordnungen, also *nicht nur das Verhalten der Menschen untereinander*, ganz anders und neu werden!

## 2. Die tragische Kettung des deutschen Protestantismus an die bürgerlich-kapitalistische Welt

Es ist eine vordringliche Aufgabe der christlichen Dogmatik, sich von den Methoden frei zu machen, mit denen im allgemeinen der Kampf gegen den Marxismus geführt wurde. Es ist dabei eine Frage der Wahrhaftigkeit, Argumente aufzugeben, mit denen die Kirche in der Vergangenheit den Sozialismus bekämpft hat und leider auch noch heute bekämpft.

Als im alten Römischen Reiche im 3. und 4. Jahrhundert die Sklaverei in immer größerem Maße unrentabel wurde und aus ökonomischen Gründen neue Arbeitsformen gesucht werden mußten, verteidigten die kaiserliche Staatskirche in Byzanz und die katholische Kirche in Rom die alte Sklaventhalten-gesellschaft wie eine Gottesordnung. Man meinte, die Welt würde untergehen, wenn sich an den bestehenden wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Verhältnissen irgend etwas ändern würde. Die Kirchen werteten jede sozialrevolutionäre Haltung und Maßnahme als das Wirken des Satans und Antichrists und waren entsprechend schroff in ihren Abwehrmaßnahmen.<sup>8)</sup>

7) Die Wendung von der „Wiederherstellung aller Dinge“ (apokatastasis panton) kommt im NT nur *einmal* vor, und zwar in der Apostelgeschichte 3, 21. Es ist unzulässig, auf diese auch sonst sehr problematische Stelle ein theologisches System gründen zu wollen. Hüten wir uns also davor, durch eine Überbetonung der eschatologischen Gesichtspunkte und das Vertrösten auf ein besseres Jenseits vor unseren Mitmenschen, vor der Geschichte und *damit vor Gott* bezüglich unserer Verantwortung und unserer Aufgaben auf dieser Erde schuldig zu werden!

8) Es ist vor der Geschichte wohl kaum möglich, der Byzantinischen und Römischen Kirche in dieser Frage ein „bona fide“ zuzubilligen. Sie kannten den Willen Christi und die göttlichen Gebote. Wenn sie dennoch die brutalen Maßnahmen des Staates rechtfertigten und diese manchmal in der kirchlichen Rechtsprechung noch an Härte übertrafen, so waren dafür machtpolitische Gründe sowie das Streben nach Geld und Besitz maßgebend. Die Glaubwürdigkeit der christlichen Predigt wurde dadurch aber aufs schwerste belastet und den Gegnern des Christentums ein reiches Material in die Hand gegeben.

Heute erleben wir es nun, daß die Kirchen in der kapitalistischen Welt dem Kriege gegenüber eine ähnlich konservative Haltung einnehmen. Wohl ist infolge der modernen, kostspieligen Vernichtungswaffen ein Krieg unrentabel und unzweckmäßig geworden. Aber die Kirchen, beziehungsweise die sogenannten „christlichen Völker“ Europas, meinen, die Welt würde untergehen, wenn der Kommunismus siegt. Deshalb befürworten sie einen Krieg mit den modernsten Vernichtungswaffen zur angeblichen „Verteidigung des christlichen Abendlandes“, sagen aber auch sonst, daß Kriege ein Mittel des göttlichen Waltens auf dieser Erde sein könnten. Demgemäß möchte man den totalen Vernichtungskrieg mit atomaren Waffen als einen „Kreuzzug gegen den Kommunismus“ und eine „Verteidigung der Majestät Gottes“ (Jesuitenpater Gundlach in Würzburg) deklarieren. Man tarnt also die grausame Vorbereitung eines modernen Atomkrieges religiös und versucht ihn mit der Behauptung als notwendig zu erweisen, daß der atheistische Marxismus der Feind des Christentums sei.

In diesem Zusammenhang muß an einen Brief erinnert werden, den Professor D. Hromádka aus Prag am 3. November 1955 an Professor Karl Barth aus Anlaß seines 70. Geburtstages geschrieben hat und in dem es heißt:

„Heute wird ein sozialdemokratisch gesinnter Christ in den westlichen Ländern kaum für ein kirchlich und theologisch verdächtiges Wesen gehalten. Er ist hoffähig geworden. Vor vierzig Jahren war die Lage der Kirche ganz anders. Unter Verdacht stehen heute nicht mehr die Sozialdemokraten oder liberal-fortschrittlichen Politiker, sondern die Kommunisten. Aus theologischen Gründen? Aus dem echten Glauben? Oder aus Trägheit, Borniertheit, Angst oder sogar Feigheit? ...

West- und Mitteleuropa hat seine Stunde versäumt. Ohne aufgeschlossene, verständnisvolle und positive Auseinandersetzung mit dem Osten wird es nicht möglich sein, ein anständiges, schöpferisches Zusammenleben der Menschen zu gestalten. Ein dumpfes Nein, ein verständnisloses Ignorieren, sogar ein feindlicher Versuch, die östliche Welt zurückzudrängen, kann nur entweder in einer tödenden Stagnation (wenn man vor dem Gebrauch der Atomwaffen zurückschreckt) oder in einer grausamen Katastrophe enden ...

Unsere Gefahr liegt anderswo, als unsere Brüder hinter dem eisernen Vorhang (d. h. im sozialistischen Lager; d. Verf.) es sich vorstellen. Es handelt sich keineswegs um den äußeren Fortbestand der Kirche. Der äußere Fortbestand der Kirche steht überhaupt nicht in Frage ... *Alles, was heutige Kirchen, namentlich auch in ihrem Kreuzzug gegen den Osten und Kommunismus unternehmen, bestätigt und beglaubigt mit deprimierender Genauigkeit die marxistische Religionsphilosophie: die Religion und Kirche seien ein Überbleibsel der alten, überlebten Denk- und Lebensweise oder ein Instrument der alten, besitzenden Gesellschaft im Kampf gegen die aufsteigenden Massen der armen, besitzlosen Leute.*“

Wir können nicht den ganzen Brief zum Abdruck bringen, dessen Wortlaut im „Evangelischen Pfarrerblatt“ (5/1959) einzusehen ist. Aber dieser Analyse über die augenblickliche Haltung und Lage der Kirche läßt Professor Hromádka noch einige Worte über den Atheismus folgen, die für unsere Untersuchung von Wichtigkeit sind:

„Das eigentliche Ringen unsererseits ist nicht politisch. Es kann nicht mit falschen Mitteln geführt werden ... Hinter dem sogenannten Atheismus ist ein gewaltiges Pathos des Menschentums, eine Sehnsucht nach Freiheit und Gerechtigkeit, welche höher sein muß, als es in den alten feudalen und bürgerlichen sozialpolitischen Formen möglich war.

Wir müssen uns hüten vor falscher Demut, vor falschem Schuldbewußtsein. Die Kirche hat den Armen, den ‚Beleidigten‘ oder Beiseitegeschobenen in der Geschichte viel Gutes und Barmherzigkeit getan. Sie hat ihnen auch ein gewisses sittliches Rückgrat und eine geistige Mündigkeit gegeben. *Aber in den entscheidenden Zeiten hat sie versagt, den Menschen zu einer höheren Ebene, zu einer ersten sozialen und politischen Verantwortung zu verhelfen ...* Die allergrößte Gefahr besteht in der Gottlosigkeit der Kirche, in ihrer Trägheit und Bequemlichkeit, Verständnislosigkeit, Blindheit, Härte des Herzens und in ihrer Feigheit.“

Es ist daher unsere Aufgabe, durch eine nüchterne Untersuchung festzustellen, daß der Sozialismus nicht der Feind des Christentums ist, sondern vielmehr die Forderungen des Christentums in mehrfacher Hinsicht erfüllt, beziehungsweise zu ihrer Erfüllung beiträgt. Wir erinnern uns zuvor an die richtige theologische Erkenntnis, die von den Religiösen Sozialisten erarbeitet worden war: daß Gott nicht nur im sakral-kirchlichen Raume, sondern auch in der weltlichen Sphäre wirke und daß es für einen Christen gerade darauf ankomme, für dieses Walten Gottes in der nichtkirchlichen Welt Auge und Ohr zu haben. Diese durchaus neutestamentliche Grundkonzeption wurde von den Religiösen Sozialisten erkämpft, indem sie sich von der idealistischen Sinngabe der bürgerlichen Gesellschaft frei machten, die oft in einen flachen Materialismus oder gar Nihilismus umschlug. Infolge dieser Kritik der Religiösen Sozialisten konnte im Protestantismus die idealistisch-bürgerliche Form der Verwirklichung des Christentums ebensowenig eine Monopolstellung aufrechterhalten wie die romantisch-feudal-klerikale Form im Katholizismus. Ist nun diese richtige Erkenntnis und Grundkonzeption der Religiösen Sozialisten infolge der Katastrophen zweier Weltkriege auch nicht zur vollen kirchlichen Entfaltung gekommen, so ist andererseits ihre Forderung als eine echt protestantische Wahrheit erkannt worden, daß sich das Christentum um seiner Freiheit und Glaubwürdigkeit willen von jeder weltanschaulichen und politischen Bindung und sogar von allzu festen kirchlichen Formen, vor allem aber von jedem Dogmenzwang frei halten müsse. Sie sahen mit Recht in jedem Konservatismus Feindschaft gegen das freie Walten Gottes,

da Gott in seiner ganzen irdischen und geistigen Schöpfung niemals das Alte verabsolutiert, sondern stets neues Leben und neue Formen des Lebens erweckt. Diese theologische Auffassung der Religiösen Sozialisten ist nicht widerlegt worden; sie wird auch nicht widerlegt werden können. An sie lehnen wir uns an, wenn wir nun die drei Begriffe Eigentum, Freiheit sowie Krieg und Revolution untersuchen, um die Möglichkeit der Existenz des Christen in einer sozialistischen Wirtschafts-, Gesellschafts- und Staatsordnung aufzuzeigen.

#### a) Das Eigentum

Mit einer doppelten Botschaft hatten die ersten Sendboten Jesu von Nazareth das Römische Reich in Unruhe versetzt: „Die Armen sind Gottes geliebte Kinder!“ Das war eine bis dahin noch niemals vernommene Botschaft. Die andere aber war nicht minder radikal: „Alle Menschen sind Brüder!“ Also auch „die Sklaven, Barbaren und Skythen“, wie Paulus ausdrücklich feststellt (Kol. 3, 11). Diese Skythen waren die Goten, vor deren Einfällen das Römische Reich bereits erbebt und die man als ‚Barbaren‘ verabscheute. Paulus aber sagte, daß auch sie in die Botschaft Jesu einbezogen seien. So real verstand er die Predigt Jesu von der Gotteskindschaft und Bruderliebe.

Die Masse der kleinen Handwerker und armen Freigelassenen, der geplagten Landleute und rechtlosen Sklaven nahm diese Botschaft auch mit freudigem Herzen auf. Wir können uns andererseits gut vorstellen, daß im Römischen Imperium die dünne, reiche Oberschicht der Großgrund- und Bergwerksbesitzer, der hohen Beamten und der Generalität über diese sozial-revolutionären Botschaften und Losungen äußerst empört war. Die Vornehmen und Reichen sahen im Christentum zunächst nur den ‚Aufstand des Pöbels‘. Wir haben darüber ein gutes Wissen; denn die Akten aus jener Zeit sind zahlreich und geben uns ein gutes Bild von den gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Verhältnissen, die bestanden, als *Jesu von Nazareth dem Mammon als dem Feinde Gottes auf dieser Erde den Kampf ansagte*. Ein einfacher Handwerker, der in Nazareth an der Hobelbank gestanden hatte, sah im Gelde und Gelddenken das schwerste Übel der damaligen Zeit:

„Niemand kann ein Sklave zweier Herren sein ... ihr könnt nicht Gott dienen und dem Mammon“ (Luk. 16, 13).<sup>9)</sup>

<sup>9)</sup> Bei dem von Jesus gebrauchten Worte „Mammon“ handelt es sich um ein Wort aramäischer Herkunft, das wir sinnvoll nur mit „Kapitalismus“ übersetzen könnten. Jesus hat genau dasselbe gemeint, was durch diese moderne Vokabel ausgedrückt wird: die ungeheure Macht und satanischen Kräfte, die das Geld, das Kapital, schöpferisch, aber auch zersetzend entfaltet. Dabei müssen wir uns von den Kulturhistorikern sagen lassen, daß das Finanz- und Bankwesen im Römischen Reich neben dem Militärischen an erster Stelle stand. Von den Sparmöglichkeiten der kleinen

Diese Einstellung gegen das Geld veranlaßte ihn, bei der Tempelreinigung die Wechseltische der Tempelbank von Jerusalem, die der Familie des Hohenpriesters Elhanan gehörte, umzustößen.<sup>10)</sup>

Als die christliche Kirche infolge ihrer Verbindung mit der plutokratischen Sklavenhaltergesellschaft im 4. Jahrhundert Staatskirche und in der Folgezeit sehr schnell reich geworden war, fand sie viele Möglichkeiten, um die vielfachen Warnungen Jesu, die er den Reichen gesagt hatte, kraftlos zu machen. Die Kirche hat im sogenannten Konstantinischen Zeitalter unbeachtet gelassen, daß Jesu Botschaft gerade den Armen galt. Da in der werdenden Großkirche sehr bald der römische Geldadel die wichtigsten kirchlichen Stellen besetzte, wurde der Radikalismus der Botschaft Jesu aus der Ökonomie durch eine positive Einstellung zu Geld, Besitz und Sklaverei und aus der Politik durch eine theologische Rechtfertigung des Krieges entfernt und nur auf individualetischem Gebiet, besonders im Kampfe gegen die Geschlechtlichkeit als der ‚Ersünde der Menschheit‘, geduldet. So haben denn die Byzantinische und die Römisch-Katholische Kirche sehr bald den Besitz, das Geld und die Macht über Gott gestellt, indem sie an den bestehenden ungesunden und unrechtmäßigen Finanz- und Rechtsverhältnissen nichts änderten, sondern sich bald darin als Meister erwiesen, ihre ungeheuren Reichtümer zinsbringend zu verwalten (Zeitalter der ‚Pornokratie‘).

Ein Musterbeispiel für eine wohlüberlegte Rechtfertigung bestehender kapitalistischer Eigentumsverhältnisse ist aus unserer Zeit das Vorbereitungsheft für den Deutschen Evangelischen Kirchentag in Stuttgart aus dem Jahre 1952.<sup>11)</sup> Dort

Leute bis zum Wechselverkehr und dem großen Kreditwesen gab es kaum eine Einrichtung, in der das heutige Bankwesen dem damaligen Geldverkehr überlegen gewesen wäre.

<sup>10)</sup> Vgl. dazu die Untersuchung des Verf. über die finanzpolitischen Hintergründe bei der Tempelreinigung in der Abhandlung „Der gute Hirte“, Evang. Pfarrerblatt 9/1961.

<sup>11)</sup> Die Vorbereitungshefte zum Kirchentag werden von der Leitung der Evangelischen Akademien, also von maßgeblicher kirchlicher Stelle, herausgegeben. Das Vorbereitungsheft für Stuttgart erlebte eine Auflagenziffer von 200 000 Exemplaren. In vielen Tausenden von Gemeindeveranstaltungen wurden die Thesen des Vorbereitungsheftes durchgearbeitet. Über die Kirchentage, die genau nach den Richtlinien der Vorbereitungshefte durchgeführt werden, erscheint jedes Mal ein umfangreiches Protokoll. Diese Protokolle werden gleichfalls von der Leitung der Evangelischen Akademien hergestellt, und die Diskussionsergebnisse der Arbeitsgruppen werden in den Akademien nochmals ausführlich behandelt und beraten. Das endgültige Ergebnis wird dann durch Presse und Rundfunk bekanntgegeben. In diesem Falle kommentierte der frühere „Wehrwirtschaftsführer“ Dr. Kost im Rundfunk die Thesen, die speziell zur Frage des Eigentums von der Evangelischen Akademie in Bielefeld erarbeitet worden waren; er sagte: „Die privat-kapitalistische Wirtschaftsform ist in christlicher Sicht die einzig mögliche Wirtschaftsform.“ — Es dürfte daher berechtigt sein, wenn wir dieses

wurde in den Ausführungen zur Arbeitsgruppe 4 „Wem gehört der Betrieb?“ in Frage 28 davon gesprochen, daß Jesus dem ‚reichen Jüngling‘ gesagt habe: „Verkaufe alles, was du hast, und gib es den Armen!“ Die nachfolgenden Erklärungen zu dieser radikalen Forderung Jesu heben jedoch den Sinn seiner Worte auf und stoßen seinen Rat um. Wir lesen:

„So weit kann die Heilige Schrift gehen! Damit gibt sie nicht eine allgemeine Regel. Von Jesus wissen wir, daß er den Jüngern ihr Eigentum lieb.“

Mit dieser Begründung, daß ‚Jesus den Jüngern ihr Eigentum gelassen hat‘, wird der Radikalismus seiner Forderung, durch die er diesen jungen Menschen von den Banden des Geldes befreien wollte, abgeschwächt und seine Predigt gegen die Reichen und den Reichtum zum verstummen gebracht. Denn tatsächlich wird uns von einigen Jüngern Jesu, als sie in seine Gefolgschaft traten berichtet: „Sie verließen alles und folgten ihm nach“ (Luk. 5, 11; Matth. 19, 27). Diese Tatsache wird im Vorbereitungsheft nicht erwähnt. Ein anderer Umstand ist noch viel schmerzlicher. Es wird mit einem Gegensatz gearbeitet, der in Wirklichkeit nicht besteht: Jesus ließ den Jüngern ihr Eigentum; aber die Sozialisten wollen den Menschen — so will man durchblicken lassen — das Eigentum nehmen, das sie durch ihren Fleiß erworben haben.

Wo aber geht es im Sozialismus um die Abschaffung des Eigentums? Im sozialistischen Programm heißt es vielmehr: „Jeder nach seinen Fähigkeiten; jedem nach seinen Leistungen!“ Es geht im Sozialismus also um eine gerechte, differenzierte Ordnung der Besitzverhältnisse. Aber diese gerechte Ordnung der Besitzverhältnisse kann und soll nicht durch Gleichmacherei geschaffen werden, sondern durch die *Überführung der Produktionsmittel in den Besitz des Volkes*. Davon schweigt das Vorbereitungsheft. Karl Marx aber hatte erkannt, daß die Verelendung des Proletariats deshalb so groß war, weil es vom Besitz der Produktionsmittel ausgeschlossen war. Deshalb könnten Proletarier niemals Eigentum erwerben und Vermögen gewinnen. Dieselben Menschen, die durch ihren Fleiß und ihre Arbeitskraft ungeheure Werte und Reichtümer schufen, waren dazu verurteilt, arm zu bleiben, weil sie vom Besitz des Ackerlandes und der Werkzeuge beziehungsweise der Maschinen ausgeschlossen waren. Diesen Widerspruch innerhalb der ökonomischen Verhältnisse des Kapitalismus hatte er schonungslos aufgedeckt.

Der Marxismus wendet sich also nicht gegen ‚das Eigentum‘, sondern vielmehr gegen die Tatsache, daß *die meisten Menschen zeitlebens vom Eigentum ausgeschlossen waren*. Die in den kolonialen und halbkolonialen Ländern noch vorhandene

Vorbereitungsheft aus dem Jahre 1952 zur Grundlage unserer Untersuchung machen, zumal in keiner anderen Laiendogmatik, bzw. Gebrauchsethik derart ausführlich über die Frage des Eigentums gesprochen worden ist.

verzweifelte Armut des ausgebeuteten, hungernden, rechtlosen und niedergehaltenen Proletariats demonstriert eindeutig, gegen welchen Notstand in der kapitalistischen Gesellschaft Karl Marx damals anging. Was der einzelne durch seinen persönlichen Fleiß und seine besonderen Fähigkeiten erwerben könnte, das sollte auch sein Eigentum bleiben. Dieses Recht auf Eigentum ist vom klassischen Sozialismus niemals bestritten worden, und die sozialistischen Staaten haben auch das Privateigentum in diesem Sinne festgestellt und rechtlich gesichert. Es gibt ein Erbrecht, demzufolge jeder Besitz, den der einzelne durch seinen Fleiß oder auf Grund von Auszeichnungen erworben hat, im Todesfalle seiner Frau und seinen Kindern erhalten bleibt.

Für die sozialistische Ethik ist es allerdings von großer Bedeutung, wie und auf welche Weise jemand seinen Besitz erworben hat. Es gilt nicht als zulässig, daß ein privater Unternehmer mehrere Dutzend oder Hundert Arbeiter beschäftigt, die für einen geringen, wenn auch gesetzlichen Lohn arbeiten müssen, während sie ihm durch ihre Zahl und ihren Fleiß bedeutende Gewinne einbringen. Insbesondere gilt der Kampf dem Verdienst ohne Arbeit auf Grund der Dividende durch Aktienpakete, eine Verdienstmöglichkeit, die in dem Vorbereitungsheft als durchaus berechtigt ausgegeben wird. Wir erwähnten bereits die marxistische Lehre, daß durch die Anhäufung der Produktionsmittel und des Kapitals in den Händen weniger Reichen ungezählte Menschen im Zustand der Besitzlosigkeit und Rechtlosigkeit erhalten würden. Wenn Karl Marx deshalb einen radikalen Strukturwandel der ökonomischen Verhältnisse forderte, so werden wir ihm als Christen zustimmen können und wohl gar zustimmen müssen.

Hier ist auch der Umstand begründet, daß in der sozialistischen Revolution sofort der Großgrundbesitz und die Fabriken in den Besitz des Volkes überführt werden. Niemand wird zwar übersehen können, daß diese Neuordnung der Verhältnisse einen sehr harten Eingriff in die bestehenden Besitzverhältnisse bedeutet hat. Dennoch dürfen wir diese Maßnahmen nicht vom bürgerlich-christlichen Eigentumsbegriff her verurteilen. Die sozialistische Ethik verweist vielmehr auf die Tatsache, daß in der bürgerlich-christlichen Welt zu allen Zeiten durch willkürliche Maßnahmen der herrschenden Kreise und durch die Kriege der Könige und Fürsten sehr vielen Menschen das Eigentum genommen wurde. Sie verloren sogar in den meisten Fällen die Heimat und das Leben; und zwar völlig unschuldig. In der sozialistischen Revolution dagegen sollte — wie Pfarrer Schweitzer bereits vor 100 Jahren ausgeführt hatte — nur ein Zustand verändert werden, der zur Zeit des Frühkapitalismus einmal gerecht gewesen war, der inzwischen aber zu einem Unrechtszustand geworden war. Der Besitz des größten Teils des anbaufähigen Bodens in der Hand eines Standes und die Zusammenfassung

des industriellen Potentials durch Aktiengesellschaften und letztlich durch wenige Banken hatte nicht nur die sozialen Verhältnisse der arbeitenden Massen auf dem Lande und in den Industriestädten katastrophal gestaltet, sondern dieser konsequent entwickelte Kapitalismus hatte notwendigerweise zum Kolonialismus und zu Eroberungskriegen gedrängt, um der infolge eines rücksichtslos geführten Konkurrenzkampfes entstandenen wirtschaftlichen und innerpolitischen Krisen Herr zu werden. Dadurch hatte er in zwei Weltkriegen maßloses Unglück über die Völker der Erde und auch über das deutsche Volk gebracht.

Wenn also mit der Enteignung des Großgrundbesitzes und vornehmlich der Betriebe, die für die Kriegsrüstung gearbeitet hatten, die Voraussetzung für eine neue sozialistische Wirtschaft geschaffen wurde, so geht man an der hier aufgezeigten sehr ernststen Problematik vorbei, wenn man diese Vorgänge nur als einen Angriff auf das Eigentum wertet. In dem Vorbereitungsheft wird über diese vielschichtige Problematik nicht gesprochen. Aber die dort gemachten Ausführungen wecken bei jedem Leser den Eindruck: Der Sozialismus will den Menschen das ehrlich erworbene Eigentum nehmen. Hier arbeitete man mit dem Ressentiment. Darum sind diese Ausführungen für eine ernsthafte Diskussion über die aufgezeigten sozialetischen Probleme nicht geeignet. Es war eine falsche Thematik, die sich der Kirchentag für diese Arbeitsgruppe gestellt hatte: „Es ist nicht Aufgabe des Evangeliums, an den bestehenden Verhältnissen irgend etwas zu ändern.“

Immer wieder haben treue Diener Jesu bezeugt, daß die durch verschiedene Umstände bewirkte ungleiche Verteilung der Produktionsmittel und demzufolge der Lebensgüter und des Geldes eine Schuld vor Gott und ein Unrecht gegen die Mitmenschen sind. Der Besitz der Reichen, zumal die Kriegsgewinne der Großen sind mit Blut und Tränen des Volkes bezahlt<sup>12)</sup> (Jes. 14, 16 f.). Die großen Vermögenswerte der Reichen und Mächtigen sind in der Regel durch rücksichtslose Ausbeutung, Gewalt und Verbrechen aller Art erworben worden (Am. 5, 7; 10—12). Die Anhäufung des Bodens in den

<sup>12)</sup> Im Jakobus-Brief wird den Besitzenden wegen ihrer verbrecherischen Geschäftsmethoden eine Strafpredigt gehalten, die an Schärfe schwerlich überboten werden kann. Aber in den Kommentaren wird zu dieser Stelle nichts oder nur Belangloses gesagt. Es dürfte auch sehr schwer sein, über diesen Text eine gedruckte Predigt zu finden, ebenso wie über das Unrecht der Leibeigenschaft. — Wir lesen Jak. 5, 4—6:

„Wisset wohl! Der Lohn, den ihr den Arbeitern, die eure Felder abgemäht haben, vorenthalten habt, schreit aus euren Häusern zum Himmel empor! Und die Klagerufe der Schnitter sind zu Ohren des Herrn Zebaoth gedungen! Ihr habt auf Erden geschweigt und gepraßt, habt eure Herzen wie an einem Schlachttag gemästet. Ihr habt den Gerechten verurteilt und gemordet. Und er leistete euch keinen Widerstand.“

Händen weniger Gutsbesitzer ist fast ausnahmslos durch Gewaltanwendung gegen die wehrlosen Bauern zuwege gebracht worden (Jes. 5, 8; 3, 14 f.).

Diese Umstände waren bereits für Jesus Anlaß zu dem ‚Wehe-euch-Ruf‘ über die Reichen, das Geld, das Gelddenken und den ‚Mammon‘ gewesen. Nach Jesu Worten bringt den Reichen besonders der Umstand das Gericht ein, daß sie ihr Herz fast ausnahmslos gegen die Not der Armen verschlossen haben und aus deren Elend ihre Gewinne ziehen. Wenn eine kirchliche Schriftauslegung die Geschichte vom ‚reichen Jüngling‘ als einen Beweisgrund für eine ökonomische These anführt, dann wäre es Sache exegetischer Gewissenhaftigkeit gewesen, auch die Variante anzuführen, die uns im Hebräerevangelium (von dem leider nur Bruchstücke der Vernichtung dieses Evangeliums durch die Byzantinische Staatskirche im 8. Jahrhundert entgangen sind) überliefert wird. Dort sagt Jesus auf die Rechtfertigung des reichen Jünglings, daß er alle Gebote von Jugend an gehalten habe, folgendes:

„Wie kannst du sagen ‚Ich habe das Gebot und die Propheten gehalten‘, da doch im Gesetz geschrieben steht: Du sollst deine Nächsten lieben wie dich selbst? Denn siehe, viele deiner Brüder, Abrahams Söhne, liegen im Schmutz und sterben vor Hunger; und dein Haus ist voll von reichen Gütern. Aber niemals kommt etwas aus ihm heraus zu jenen.“

Wenn nun aber das Vorbereitungsheft als Überschrift eines weiteren Abschnittes erklärt: „Die Bibel sagt so...“, dann müßte man annehmen dürfen, daß wirklich alles angeführt würde, was Jesus an Anklagen gegen die Reichen und an freundlichen Worten zu den Armen gesagt hat. Aber alle diesbezüglichen Aussagen sind fortgelassen! Die Rechtfertigung des Reichtums, welcher Art und wie groß er auch ist, erfolgt durch den Gesangbuchvers: „zu Nutz und Dienst des Nächsten mein“; wenn also jemand seinen Reichtum auch zu wohltätigem Zwecke benutze, dann sei alles in Ordnung. Es wird nicht gefragt, wie der Reichtum erworben wurde. Auch die andere Frage wird nicht gestellt, ob denn die Armen ewig dazu verdammte sein sollten, arm zu bleiben. „Der Betrieb gehört dem Unternehmer“; darüber gibt es keine Diskussion. Auch die ungeheuren Reichtümer der Multimilliönäre und Milliardäre sind demzufolge gerechtfertigt. Es folgt eine Bemerkung über die „Manager der volkseigenen Betriebe“; aber die entscheidende Aussage Jesu: „Niemand lebt davon, daß er viele Güter hat“ ist fortgelassen. Jesus von Nazareth konnte auf dem Kirchentag in Stuttgart dem Kapitalismus und seinen Arbeitsmethoden nicht gefährlich werden.

Auch auf den nachfolgenden Kirchentagen wurde alles vermieden, um es zu einer ernsthaften Begegnung zwischen Christentum und Sozialismus kommen zu lassen, obwohl die Tatsache, daß es in den beiden deutschen Staaten verschiedene Wirtschaftssysteme gibt, zu einer solchen Begegnung geradezu

herausforderte. Leider haben Kirche und Kirchentag diese Aufgabe nicht erkannt.

Als Jesus von Nazareth in seinem Heimatort seine erste Predigt hielt, rief er unter Berufung auf den Propheten Jesaja das große Halljahr, das Gnadenjahr des Herren, aus. Das war eine Predigt, die das ganze Dorf in Bewegung brachte (Luk. 4, 16 ff):

„Der Geist Gottes, meines Herren, ruht auf mir;  
(denn) in der Absicht hat mich Gott gesalbt,  
um den Versklavten eine frohe Botschaft auszurichten!  
Er hat mich gesandt, um die im Herzen Zerbrochenen zu verbinden,  
um den Eingekerkerten die Freilassung zu verkünden  
und den Gefesselten die Öffnung ihrer Fesseln.  
Um auszurufen ein Jahr der Gnade für unseren Gott!“

Nach dem israelitischen Gesetz war jedes siebente Jahr ein ‚Sabbatjahr‘; da gehörte das Wachstum auf den Feldern den Beisassen, den Tagelöhnern und den Armen. In jedem siebenten Jahre mußte ein frommer Jude seine hebräischen Sklaven mit einer angemessenen Mitgift freilassen. Aber nach siebenmal sieben Jahren kam das große Halljahr, das Gnadenjahr, das den Erlaß aller Schulden, die Freilassung aller Gefangenen und die Aufhebung aller Landverkäufe vorschrieb. Jedoch hatten die reichen Juden in den Jahrhunderten, da dieses Gesetz galt, auf mancherlei Weise versucht, sich seinen radikalen und einschneidenden Bestimmungen zu entziehen. Das Halljahr scheint sogar nach dem Exil (528 v. Chr.) gar nicht mehr in Anwendung gebracht worden zu sein, nachdem der Prophet Jeremia (626—580) bereits verzweifelt um seine Durchführung hatte kämpfen müssen (Jer. 34). So war zur Zeit Jesu dieses großartige soziale Gesetz seit mehr als 500 Jahren als ‚heilige Buchrolle‘ begraben. *Wie bei der Tempelreinigung, so knüpfte Jesus auch hier an die prophetische Tradition an, als er sofort zu Beginn seiner Tätigkeit das große ‚Gnadenjahr‘ für alle Bedrängten und Bedrückten, das ‚Jahr der Freilassung‘ für alle Gefangenen und Versklavten ausrief.* Hier wird der soziale Charakter seiner Predigt deutlich: den Armen und Versklavten (nicht den ‚Elenden‘, wie Luther übersetzt hat) sollte geholfen werden!

Während der Evangelist Matthäus die erste Seligpreisung auf solche Menschen bezieht, die ‚arm im Geiste‘ sind, preist Jesus nach Lukas *die Armen selbst selig!* Dabei hat er das von Luther mit ‚selig‘ übersetzte Wort in dem Sinne gebraucht: ‚glückselig seid ihr zu nennen!‘ Um der Frohbotenschaft Jesu für die Armen und Versklavten um so größeren Nachdruck zu verleihen, schließt sich bei ihm unmittelbar der ‚Wehe-euch-Ruf‘ über die Reichen an (Lk. 6, 24f): „Wehe euch Reichen, ihr habt nichts zu erwarten! Wehe euch, die ihr jetzt satt seid! Ihr werdet Hunger leiden!“ Von derselben Unerbittlichkeit und Strenge ist das Urteil Jesu über die Reichen, das er fällt, als der junge reiche Mann ihn verlas-

sen hatte. In dem Vorbereitungsheft ist neben der erwähnten exegetischen Unkorrektheit auch dieses Urteil fortgelassen worden. Jesus aber hatte gesagt: „Es ist leichter, daß ein Kamel durch ein Nadelöhr gehe, als daß ein Reicher in das Reich Gottes kommt!“ (Lk. 18, 25). — Die Einladungen Jesu ergehen im Gleichnis vom ‚großen Gastmahl‘ an die Krüppel, die Lahmen und Blinden (Lk. 14, 21). Ganz allgemein gibt der Herr auch sonst die Weisung, zu einem Gastmahl nicht die reichen Leute zu laden, sondern die Armen; verkrüppelte und kranke Glieder der Familie soll man bei einem Festmahle nicht verstecken (Lk. 14, 13). — Der ‚arme Lazarus‘ kommt wegen seiner großen Armut, die er zu Lebzeiten ertragen mußte, mit Selbstverständlichkeit in den Himmel, während der reiche Mann ebenso selbstverständlich ‚begraben wird‘ und in die Hölle kommt (Lk. 16, 22, 23 u. 25).

Als Johannes der Täufer aus dem Gefängnis Boten zu Jesus schickte, weil er an Gott und seiner Allmacht irregeworden war, gab Jesus eine Antwort, von der er annahm, daß sich viele darüber wundern und ärgern würden. Denn Johannes erwartete einen tatkräftigen Messias. Er erwartete von Jesus den Tag der Befreiung vom Römerjoch und auch seine persönliche Befreiung aus dem Gefängnis. Jesus aber berief sich auf den Propheten Jesaja, verwies auf seine Hilfeleistung für die Kranken und sagte: „Den Armen wird eine frohe Botschaft verkündigt“ (Mt. 11, 1—5). — Von dem ‚reichen Kornbauern‘ heißt es in einem vernichtenden Urteil: „Du Narr!“ — Wie Jesus grundsätzlich über die Anhäufung von Riesenbesitz und ganzen Häuserreihen (Mt. 23, 14) in den Händen einiger Geldmagnaten dachte, hat er bei verschiedenen Gelegenheiten ausgesprochen; es wird besonders deutlich in dem Wort gesagt: „Was hülfte es dem Menschen, wenn er die ganze Welt gewönne, und nähme doch Schaden an seiner Seele“ (Lk. 9, 25).

Von dieser radikalen Einstellung Jesu gegen die Reichen und ihr Geld wird in dem Vorbereitungsheft des Kirchentages nichts gesagt. Es steht zwar in unzähligen kirchlichen und theologischen Büchereien als eine neuzeitliche und grundsätzliche Stellungnahme der Kirche zur Frage des Besitzes und des Eigentums und dient als Grundlage für die Bibelarbeit in den Gemeinden. *Dennoch müssen wir eine bedenkliche Abweichung vom Neuen Testament feststellen.*

Bereits zu Wicherns und Naumanns Zeiten haben verantwortliche Männer der Kirche und einsichtige Politiker *warnend auf die ungesunden Besitzverhältnisse in der kapitalistischen Welt hingewiesen.* Sie hatten erkannt, daß die revolutionäre Arbeiterbewegung durch das Unrecht erstarkte, daß innerhalb der kapitalistischen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung ‚fortzeugend Böses gebären‘ mußte, nachdem es einmal eingeleitet war. Sie erkannten die Zwecklosigkeit von Unterdrückungs- und Polizeimaßnahmen gegen eine Bewegung, die letztlich das Recht auf ihrer Seite hatte. Männer

wie Weitling, Wichern, Schweitzer und Todt hatten sich dem aufkommenden Verhängnis mit der ganzen Kraft ihrer Liebe entgegengeworfen. Warnend und beschwörend hatten sie auf die Not des Proletariats und des ihm angetanen wirtschaftlichen und moralischen Unrechts hingewiesen. Aber diese Männer konnten sich nicht durchsetzen.

Auch die Religiösen Sozialisten hatten mit prophetischem Ernst gerufen: „Sie müssen!“, nämlich als Sozialdemokraten den göttlichen Willen nach Gerechtigkeit vollstrecken, weil die Kirche ihn nicht bezeugt hatte. Aber eine konservative Kirchenregierung wies nach einigem Hin und Her ihre Pfarrer an, sich nicht um die Fragen des Grundbesitzes und des Eigentums zu kümmern, weil das nicht ihres Amtes wäre! Diese Einstellung führte schließlich folgerichtig zu der Auffassung, die in dem von Eberhard Müller redigierten Vorbereitungsheft vertreten wird, in welchem dem Besitzlosen gesagt wird: „Du sollst nicht begehren...“, während den Besitzenden versichert wird, daß das Eigentum heilig sei.

So ist in der westlichen Welt infolge der engen Bindung der evangelischen Kirche an die bürgerlich-kapitalistische Wirtschaftsordnung sehr viel von dem versäumt worden, was im Gehorsam gegen das Evangelium Jesu längst hätte getan sein müssen. Dieses Lang-Versäumte ist in den sozialistischen Ländern nun durch die sozialistische Revolution nachgeholt worden. Das mag für viele Christen, deren Grundhaltung konservativ ist, eine schwere Belastung sein. Wie Menschen zu allen Zeiten in ihrem ganzen Leben niemals das Unheil haben vergessen können, das ein Krieg über sie gebracht hatte, so müssen wir, denen als Christen der Dienst der Nächstenliebe und der Seelsorge befohlen ist, erkennen, wie schwer es für viele Menschen sein muß, die *ethische und wirtschaftliche Notwendigkeit dieser revolutionären Maßnahmen zu begreifen*. Es wird deshalb auch ein Dienst der christlichen Kirche bleiben müssen, alle Härten, die hier unausbleiblich und unvermeidbar waren, nach Möglichkeit abzumildern. Aber es will uns scheinen, daß die Kirche nicht in rechter Weise mit den Zeitproblemen ringt, wenn in den führenden kirchlichen Blättern der Bundesrepublik „Das Sonntagsblatt“, „Christ und Welt“ und „Mann in der Zeit“ (kath.) fortgesetzt die sozialistische Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung angegriffen und verzerrt wird. Es ist nicht gut, wenn sich die Kirchenleitungen des Westens weithin mit der Werteordnung des ‚christlichen Abendlandes‘ und den sittlichen Vorstellungen und Auffassungen des Bürgertums identifizieren und das Christentum als eine Kreuzzugsideologie gegen den Osten mißbrauchen.

*Der Sozialismus ist keine Theorie mehr.* Er hat bereits neue Formen des Eigentums entwickelt. Sie bedeuten in sittlicher Hinsicht einen entschiedenen Fortschritt; denn an Stelle des privaten Eigentums ist der Begriff des kollektiven Eigentums und des Volkseigentums entwickelt worden. Genossen-

schaftliches Eigentum und Volkseigentum sind in unserer Industrie, im Handwerk und durch die Umgestaltung der landwirtschaftlichen Produktion zu neuen Eigentumsformen geworden. Wer sich mit den ökonomischen Problemen ernsthaft beschäftigt, die mit diesen neuen Formen des Eigentums verbunden sind; wird das Ethos, um das hier gerungen wird, nicht übersehen können. Ein Christ wird sogar bald erkennen, daß er gerade als Christ diesem neuen sozialistischen Ethos verpflichtet ist. Denn es ist frei von selbststüchtigen Interessen, von rücksichtslosem Konkurrenzkampf, von der Ausbeutung anderer Menschen und dem Streben nach Profit als oberster Triebfeder allen menschlichen Fleißes. Dieses neue Ethos will dem Allgemeinwohl dienen. Es hat wahrhaft humanistische Züge, und Ziele und muß daher Ausbeutung, Krieg und Kolonialismus ächten.

Wir Christen wissen durch das Neue Testament um die Begrenzung und Vergänglichkeit alles Irdischen. Aber wir dürfen nicht übersehen, daß gerade der Sozialismus die Voraussetzungen für die Erfüllung vieler sittlicher Forderungen geschaffen hat, die uns zwar aus dem Neuen Testament längst bekannt sind, zu deren Verwirklichung es aber unter früheren politischen und ökonomischen Verhältnissen nicht hat kommen können.

Die neuen Formen des Eigentums stellen sehr hohe sittliche Anforderungen an den Menschen. Es handelt sich bei der Mitarbeit an genossenschaftlichem Eigentum und erst recht bei Volkseigentum in weit höherem Maße um ‚anvertrautes Gut‘, als das in kapitalistischen Eigentumsverhältnissen zur Beruhigung der Gewissen oft gesagt wird und gesagt werden könnte. Faulheit, unsolide Arbeit, Drückebergerei und Veruntreuungen aller Art können nicht geduldet werden, da sie die Allgemeinheit schädigen. Deshalb wird auch für einen Christen, wenn er in einem sozialistischen Betriebe arbeitet, das Verantwortungsbewußtsein besonders groß sein müssen.

In sozialistischen Brigaden und in den volkseigenen Betrieben bildet sich auf dem Boden des Humanismus bereits ein neues Arbeitsethos und ein kollektives Verantwortungsbewußtsein. Es geht nicht um den größtmöglichen Verdienst, sondern um die Erkenntnis, daß die größtmögliche Leistung und die beste Qualität der Arbeit, die die Allgemeinheit verlangen kann, auch für den einzelnen Arbeiter in moralischer und materieller Hinsicht am lohnendsten sind. Die Prägung derartiger neuer ethischer Werte kann nicht in kurzen Zeitabschnitten erfolgen, sondern sie muß durch einen langen Erziehungsprozeß zustande gebracht werden. Aber das neue Arbeitsethos ist da, und die ersten Erfolge zeichnen sich ab.

Der Sozialismus beruht also nicht auf einer mechanischen Gleichmacherei. Er lähmt auch nicht das Verantwortungsbewußtsein. Wenn es im Augenblick manchmal noch so scheinen

will, so beruht dieser Umstand darauf, daß viele Menschen, die von der Vergangenheit nicht loskommen, aus egoistischen und anderen unrechten Gründen noch nicht gewillt sind, die sozialistische Moral als für ihr Leben und ihre Arbeit verbindlich anzuerkennen. Das gilt leider noch in besonderem Maße von der Entwicklung der genossenschaftlichen Arbeit in vielen Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften, obwohl die *Notwendigkeit* des Übergangs zur Großraumwirtschaft im Maschinenzeitalter und bei dem bestehenden Arbeitskräftemangel von keinem Einsichtigen mehr bestritten wird. Die hohen sittlichen Forderungen, die die sozialistische Moral an alle Menschen stellt, sind ihnen vielfach noch un bequem.

Wenn daher an dieser Stelle das Ziel auch noch nicht erreicht ist, so sollten sich Christen dennoch davor hüten, zu einer vorschnellen Ablehnung der sozialistischen Moral zu kommen. Auch das Halten der Gebote Gottes ist für jeden Christen eine nie beendete Aufgabe und eine bleibende Erziehungsaufgabe. Kein Gewicht aber können wir dem Einwand geben, daß ein Christ aus Gehorsam zu Gott und Christus die sozialistische Moral und den sozialistischen Eigentumsbegriff ablehnen müsse. Ein solcher Einwand beruht auf Unkenntnis.

Es wird auch niemand sagen dürfen, daß der Mensch verarmen müsse, wenn er die neuen Wirtschaftsformen des Sozialismus anerkennen und übernehmen würde. Zwar wird es bei konsequenter Durchführung dieser sozialistischen Wirtschaftsformen und Eigentumsordnungen nicht mehr einige Hundert Millionäre neben der ungeheuren Masse des besitzlosen Proletariats geben, wie es noch heute in allen kapitalistischen und halbkolonialen Ländern der Fall ist. Die Masse der Menschen wird in einem erheblichen Wohlstand leben können, wobei die wirtschaftlichen Verhältnisse der Bundesrepublik uns nicht darüber hinwegtäuschen dürfen, daß die Ungesicherheit der Arbeitermassen trotz eines gewissen Wohlstandes und Hineinwachsendens in das Kleinbürgertum genauso groß geblieben ist wie früher. Trotz der immer mehr in Erscheinung tretenden unterschiedlichen Besitzverhältnisse und des Anwachsens der Riesenkonzerne und der Multimillionäre ist die Wirtschaft keineswegs krisenfest. Aber gerade derartige Bedrohungen der Wirtschaft und des arbeitenden Volkes sind in einer sozialistischen Wirtschaft ausgeschlossen. Die erheblichen Lohnausfälle, die Arbeiter in kapitalistischen Ländern durch Arbeitslosigkeit und Feierschichten immer wieder hinnehmen müssen, sind in der sozialistischen Planwirtschaft unbekannt.

Die großzügige soziale Gesetzgebung bezüglich des Halljahres hatte im Judentum die Aufgabe gehabt, auf dem Wege einer religiösen Neuordnung evolutionärer Art all den Menschen zu einem neuen Anfang zu verhelfen, die durch Ver-

sagen oder Krankheit, durch Schuld oder Schicksal, durch Gewalt oder Unrecht in eine ausweglose soziale und wirtschaftliche Lage geraten waren. Das galt für Versklavte und Verarmte, für Gefangene und Hatenichtse. Die Macht der Priester und israelitischen Herrengeschlechter aber hatte diese soziale Gesetzgebung ausgeschaltet, bis Jesus von Nazareth sie wieder in Erinnerung gebracht hatte.

Seitdem ist bei vielen Christen die soziale Frage nicht zur Ruhe gekommen. Zwar ließ die werdende Großkirche keine Kritik an den bestehenden wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Verhältnissen im Römischen Reiche zu. Auch während des ganzen Mittelalters wurden alle sozialen Bestrebungen von der katholischen Kirche verfolgt und in Nebenkirchen und Sekten abgedrängt. Aber auch die Greuel der Albigenserkriege, die Verfolgungen der Wiedertäufer und die Grausamkeiten gegen die Bauern im Großen Deutschen Bauernkrieg haben in den Herzen und im Bewußtsein der Menschen nicht mehr die Erinnerung auslöschen können, daß Jesus Christus der Heiland der Armen war und dafür wirkte und gestorben ist, daß alle Menschen „das Leben (behalten) und volles Genüge haben“ sollten (Joh. 10, 10).

Wir sagen wie Blumhardt, daß das Reich Gottes nicht durch den Sozialismus herbeigeführt und geschaffen wird. Der Sozialismus würde sich eine derartige Äußerung auch energisch verbitten. Aber wir haben erkannt, daß im sozialistischen Lager hohe sittliche Ziele aufgestellt und teilweise bereits verwirklicht worden sind, *die sich mit dem Willen und der Forderung Jesu von Nazareth decken*. Während die Krankheit der kapitalistischen Wirtschaftsordnung unverkennbar ist und diese zu altem Unrecht auf Grund einer inneren Gesetzmäßigkeit neues Unrecht, neue Gewalt und neue Ausbeutungsmethoden fügen muß, entsteht im sozialistischen Lager unter Geburtswehen etwas Neues, das wir Christen nach ernster Prüfung deshalb respektieren, weil es der Gerechtigkeit, der Wohlfahrt aller Menschen und dem Frieden dient.

#### b) Die Freiheit

Im Kampfe gegen die materialistische Weltanschauung wird von kirchlicher Seite mit besonderem Nachdruck der Vorwurf erhoben, daß der Marxismus das Ende der persönlichen Freiheit der Menschen herbeiführe und ein ‚Zuchthaus des Geistes‘ errichtet habe. Zum Erweis dieser Behauptung wird nicht das Wesen der christlichen Freiheit herausgearbeitet und mit dem Marxismus konfrontiert, sondern es wird der in der westlichen Welt herrschende liberalistische Freiheitsbegriff übernommen und mit der christlichen Freiheit identifiziert. Ein Musterbeispiel für diese Verfahrensweise ist die ‚Theologische Ethik‘ von Helmuth Thielicke. Dadurch muß das Christentum schweren Schaden nehmen; denn ‚die Freiheit‘ ist in der westlichen Welt zwar eine zugkräftige propa-

gandistische Lösung, aber sie ist de facto eine Freiheit der herrschenden Klassen, der Millionäre und Industriegewaltigen. Sie wurde auf Kasernenhöfen vorbereitet und in den Kolonien durch blutige Unterdrückungsmaßnahmen gesichert. Für die Besitzlosen und Armen, für das verelendete Proletariat, und zwar nicht nur in den Kolonien, bestand die Freiheit aber darin, daß sie ausgebeutet wurden und für die Interessen der Reichen und Mächtigen in vielen Kriegen sterben mußten. Das Kleinbürgertum in diesen kapitalistischen Ländern aber vermochte infolge eines gewissen Wohlstandes und einer bewußt gepflegten unpolitischen Haltung weithin nicht zu erkennen, welchen Interessen es letztlich diene.

Denn wie sieht es in der Welt aus, nachdem der Kapitalismus, der vor 250 Jahren ohne Zweifel dem Feudalismus gegenüber fortschrittliche Lösungen vertreten hat, in sein imperialistisches Endstadium getreten ist? Wo ist die Freiheit zu suchen, seit der Imperialismus der untereinander rivalisierenden Nationalstaaten die Herrschaft über die übrige Welt erstrebt und mit Waffengewalt durchzusetzen versucht? Wir werden noch ausführlich davon sprechen, daß heute auf dieser Erde mehr als die Hälfte der Menschen Hunger leiden, so daß sie in ihrem ganzen Leben das Gefühl des Sattseins nicht kennenlernen. Aber der Hunger ist nur eine Geißel, mit der der Kapitalismus vorsätzlich arbeitet. Die anderen heißen:

Säuglingssterblichkeit von katastrophalem Ausmaß;

Epidemien und Endemien, die vermeidbar wären;

ein Analphabetentum, das mit heuchlerischen Worten bedauert, aber *vorsätzlich aufrechterhalten* wird, weil Bildung den Machthabern gefährlich ist;

Vernichtung der heimischen Landwirtschaft, um dadurch die wirtschaftliche Abhängigkeit dieser Länder von der Gnade der Kolonialherren völlig zu machen;

das Erstreben von Riesengewinnen bei der Ausbeutung von Rohstoffen oder in der Plantagenwirtschaft durch das Überangebot von Arbeitskräften und vorsätzliche Niederhaltung des Proletariats.

Es wurde gegen die Kritik, die Karl Marx am Kapitalismus und seinen Methoden geübt hat, bereits vor 80 Jahren der Einwand erhoben, daß sie auf die Verhältnisse in den sogenannten kapitalistischen Ländern des Westens gar nicht mehr zuträfe: der Kapitalismus hätte zwar viele Fehler gemacht, aber er habe diese weithin überwunden<sup>13)</sup>; er habe in allen

<sup>13)</sup> Es gehört zur Aufgabe unserer Untersuchung, auf die Beurteilung hinzuweisen, die diese Fehler des Kapitalismus in kirchlicher Sicht erfahren haben.

In einer Predigt Krummachers (I. Heft 1848, S. 31) wird die Revolution nicht als soziale Erscheinung, sondern als Frucht

Mutterländern eine erhebliche Weiterentwicklung erfahren und den Arbeitern dadurch zu einem erheblichen Wohlstand verholfen.

Man verwies um die Jahrhundertwende ganz besonders auf Australien als ein kapitalistisches Land, das dennoch geradezu ideale Lebensbedingungen für die Arbeiter hätte — bis dann plötzlich nach dem ersten Weltkrieg diese angeblich vorbildlichen Verhältnisse auch ins Gegenteil umschlugen. In ähnlicher Weise verweist man heute in der Bundesrepublik auf das sogenannte Wirtschaftswunder und den verhältnismäßig hohen Lebensstandard der Arbeiter. Aber man vergißt, daß gerade in Westdeutschland sehr viele soziale Errungenschaften, die das kapitalistische Bürgertum als Früchte seiner sozialen Haltung und Freiheit ausgibt, *von der revolutionären Arbeiterschaft erzwungen worden sind*. Es gehört zu einer tragischen Lebenserscheinung, daß infolge dieses Wohlstandes selbst viele westdeutsche Arbeiter von der bürgerlichen Ideenwelt und der kapitalistischen Lebensweise innerlich gefangen worden sind, so daß sie sich heute gegen die sozialistischen Ideen und Veränderungen stellen, denen sie ihren Wohlstand verdanken. Sie sind blind und unvermögend geworden, hinter der durch Kühlschränke, Fernsehtruhen und Kleinautos bedingten Scheinwelt die Anzeichen einer unaufhaltsamen Wirtschaftskrise zu erkennen, die sich bereits in den erschreckend anwachsenden Kohlenhalden, in der rückläufigen Bewegung der Textilindustrie und den ins Gigantische ansteigenden Rüstungskosten bemerkbar machen. Leider ist es auch auf keinem der Kirchentage zu einer echten Wirtschaftskritik ge-

der gottlosen Aufklärung gewertet: Freiheit, Aufklärung und Vernunft seien „die Stichworte des Abfalls von Gott“.

Die „Evangelische Kirchenzeitung“ sagt in einem Aufsatz über Lorenz von Steins Buch „Der Sozialismus und Kommunismus im heutigen Frankreich“ (EKZ 1842, S. 631): „Wir erkennen diese Entwicklung ... als unchristlich und gottlos an; denn die einfache Folge aller dieser Bestrebungen, dem Eigentum seine Persönlichkeit zu nehmen muß *notwendig* sein; die Aufhebung der Ehe, der Familie, der Beziehungen der eigenen Kinder, die Emanzipation des Weibes...“

Damals richteten die Elberfelder Fabrikherren Branntweinkneipen ein; sie verkauften im Trucksystem die Waren bis zu 40 % teurer, als sie anderswo zu haben waren; wer sich aber dieser Ausbeutung widersetzte, verlor sofort seinen Arbeitsplatz (vgl. Reinhart Seeger, „Friedrich Engels“, S. 86).

Sie betrieben rücksichtslos die Kinderarbeit, so daß die Hälfte der Kinder die Schule versäumte. Bei 12 Stunden Arbeitszeit betrug der Wochenlohn 2 Silbergroschen; Kinder über 14 Jahre erhielten 16 Silbergroschen. Dennoch predigte ein Pfarrer Heuser 1841 in Elberfeld: „Wir würden weniger verschuldet sein, wenn wir auf eine Zunahme betender Herzen, bekehrter Seelen unserer gottesdienstlichen Versammlungen hinweisen könnten“ (vgl. Wittenberg, Geschichte der ev.-luth. Gemeinde Barmen-Wupperfeld, 1927, S. 233 ff.).

In solchen Predigten war die Weisung Jesu nicht beachtet worden, daß zu einem fürbittenden Gebet auch die tätige Hilfe gehören muß. Es fehlte auch noch die Einsicht, daß die vorhandenen Notstände nicht auf der Sünde einzelner, sondern auf ungerechten Verhältnissen beruhen.

kommen; sondern man hat die Erfolge des Wirtschaftswunders selbst in dem Eröffnungsgottesdienst (Hamburg 1953) gepriesen und die angebliche Not der ‚Ostbewohner‘ dadurch als unerträglich hinzustellen versucht, daß man den ‚Verlust der Freiheit‘ in den Ländern des Sozialismus beklagte.

Demgegenüber wäre folgendes zu sagen: Es ist eine eigenartige Tatsache, daß wir fast aus jedem Stadium der Entwicklungsgeschichte im Pflanzen- und Tierreich einige Arten finden, die gewissermaßen in einer Sackgasse verblieben sind und den weiteren Entwicklungsprozeß nicht mitmachen. Als durch eine sprunghafte Veränderung neue Arten entstanden, gingen die bisherigen zugrunde. Aber aus den wenigen Restformen können wir alle Einzelheiten der weit zurückliegenden Urformen erkennen.

Wenn wir nun diese Erkenntnis auf das Studium der sozialen Zustände zur Zeit des aufkommenden Imperialismus anwenden, dann ergibt sich bei einem sonst ähnlichen Sachverhalt nur ein grundlegender Unterschied: die heutigen sozialen Notstände in den Kolonien der westlichen Welt, die vielfach ans Verbrechen grenzen, sind keine Restformen, sondern sie sind die Regel. Sie lassen das wahre Gesicht des Kapitalismus erkennen. Ganze Erdteile waren bis zum Jahre 1960 noch Kolonien der Nationalstaaten des sogenannten ‚christlichen Abendlandes‘. Viele Länder der Erde sind noch in einem Zustand der kolonialen und halbkolonialen Abhängigkeit. Wir haben also leider ein überreiches Material, um uns von den sozialen Zuständen auf der Erde ein genaues Bild zu machen und speziell die Frage zu prüfen, wie es mit der Freiheit der Menschen bestellt ist.

Bei gewissenhafter, sorgfältiger Prüfung kommen wir dann als Christen zu der Erkenntnis, daß dieselben notvollen und schuldhaften Zustände, die vor hundert Jahren dem revolutionären Sozialismus sein geschichtliches Recht und Karl Marx Anlaß und Material zu seiner Kritik gaben, *auch heute noch in gleicher Weise bestehen. Der Wohlstand einiger kapitalistischer Länder des Westens beruht darauf, daß enorme Reichtümer und Gewinne aus jenen Notstandsländern abgezogen werden*, während dort die einheimische Revölkerung in maßlosem Elend dahinvegetieren muß. Was finden wir in diesen kolonialen und halbkolonialen Ländern? Kinderarbeit, fehlenden Arbeitsschutz, fehlende Versorgung bei Krankheit und Unfall, fehlende Versorgung bei Invalidität und im Alter, Arbeitslosigkeit im Winter, bei Börsenmanövern und in gemachten Krisenzeiten, Löhne unter dem Existenzminimum, Hunger und mangelnde Kleidung, Rechtslosigkeit bis zur körperlichen Mißhandlung, ‚Lokationen‘ aus Wellblech und voller Unrat, viele Kneipen und sehr wenige Schulen. — Nennen wir einige markante Beispiele:

Der Iran ist ein Land, das so reich an Erdölvorkommen ist wie kaum ein anderes Land der Erde. Die Britische Erd-

ölgesellschaft erhielt im Jahre 1901 ihre fast unumschränkten Konzessionen für die Dauer von 60 Jahren für eine Bezahlung von nur 20 000 Dollar. Nur 16 % des Reingewinns sollten abgeführt werden. Ist eine solche ‚Freiheit der Wirtschaft‘ moralisch zu rechtfertigen, sich durch betrügerische Verträge, durch Bestechung und Kauf der herrschenden Oberschicht, auf Kosten des Volkes die Reichtümer eines Landes zu sichern? Durch verschiedene Verhandlungen in den Jahren 1933 und 1948 erreichte der Iran eine Erhöhung der Ablieferungsquote aus dem Reingewinn auf 35 %. Der bei rigorosen Abschreibungen dennoch verbleibende Reingewinn betrug für die Britische Erdölgesellschaft zuletzt mehr als 1¼ Milliarde Goldmark. So reich ist das Land an Erdöl.

Aber um so größer sind die Leiden seiner Bewohner. 50 Jahre britischer Kolonial- und Kapitalherrschaft haben durch erbarmungslose Ausbeutung des Landes katastrophale Notstände heraufbeschworen. Auf der ‚Internationalen Konferenz zum Schutze der Kinder‘, die vom 11. bis 16. April 1962 in Wien tagte, schilderte ein Delegierter aus dem Iran die Lage der Kinder seines Landes. Das Land zählt 18,5 Millionen Einwohner; der gesamte Ackerboden und die Industrien befinden sich in den Händen weniger, reicher Familien aus dem Adels- und Kaufmannsstand. Ein Schah führt mit seinem großen, korrupten Hofstaat ein märchenhaftes Leben; aber

85 % aller Kinder sterben vor Erreichung des 15. Lebensjahres an Lepra, Tuberkulose, Typhus und Hunger;

65 % aller Kinder sind schwer tuberkulös;

84 % aller Bewohner des Landes sind Analphabeten;

in der Teppichindustrie werden bereits vierjährige Kinder beschäftigt, wenn die Eltern nicht ihren Arbeitsplatz verlieren wollen; sie sterben fast ausnahmslos an Rückgratverkrümmung und Tuberkulose;

in keinem anderen Lande werden so viele Menschen vor Hunger wahnsinnig wie im Iran.

Said Agbar Borghei, einer der führenden Männer des Islam, beschwor die Konferenz „bei der Barmherzigkeit und Gerechtigkeit Gottes“, an der Wahrheit dieser statistischen Zahlen nicht zu zweifeln. Er rief die Konferenz auf, den Notschrei der Kinder seines Landes zu hören, weil Armut und Elend so grenzenlos seien. Er sagte, daß er die feste Zuversicht habe, daß der Friedenswille der Sowjetunion auch den unterdrückten, entrechteten und versklavten Völkern helfen werde, damit auch ihre Kinder einmal ein besseres Leben führen könnten. — Als er in sein Land zurückkehrte, wurde er von seinem hohen geistlichen Amte abgesetzt und in die Verbannung geschickt. Die westlichen Zeitungen berichteten darüber nichts; aber sie vernebelten die Hirne der Menschen durch sentimentale Berichte über das Schicksal der Kaiserin Soraya.

Im Sudan herrschten bis zu seiner Befreiung im Jahre 1955 ähnliche Zustände. In dieser Kolonie erzielten die britischen Kolonialherren aus den reichen Bergwerken alljährlich Gewinne von 4 bis 5 Milliarden Goldmark. Aber die einheimische Bevölkerung von 10 Millionen Menschen ist ein kranker, früh sterbender Haufe von Bettlern und Arbeitssklaven. Der 'Internationalen Konferenz zum Schutz der Kinder' wurde 1952 folgendes Material vorgelegt (vgl. Protokoll der Konferenz; herausgegeben vom Sekretariat; S. 102—105): 98 % der Kinder sind Analphabeten;

bereits achtjährige Kinder müssen schwere Bergwerksarbeit verrichten, vielfach für eine Mahlzeit am Tage, wenn die Eltern nicht ihren Arbeitsplatz verlieren wollen;

die Ausbeutungsmethoden haben das einstmals reiche Land derartig verelendet, daß Hunderttausende von Kindern durch Bettel und verbrecherische oder widernatürliche Art ihren Lebensunterhalt suchen müssen;

17 Epidemien und Endemien wüten im Lande und fordern massierte Opfer;

28 % aller Bewohner leiden an Trachom, der gefährlichen ägyptischen Augenkrankheit, die vielfach zur Erblindung führt; manche Städte und Dörfer sind bis zu 80 % verseucht; aber angesichts dieser Seuchen stehen nur 43 Spitäler und 134 Ärzte zur Verfügung, so daß nur 1 % der Bevölkerung ärztlich versorgt werden kann.

Es sagte ein Delegierter aus dem Sudan: Je reicher ein Land an Bodenschätzen und Rohstoffen ist, um so mehr ist es dem Zugriff fremder Herren ausgeliefert; ihnen gilt das Leben der Bevölkerung, die einmal in diesem Lande in Glück und Wohlstand gelebt hat, weniger als das Leben der kranken Hunde auf der Straße. — So könnte man fortfahren: Die Kindersterblichkeit in den kolonialen Ländern Afrikas, die zu Belgien, Portugal und Frankreich gehören, beträgt ganz allgemein in den ersten vier Lebensjahren 60 bis 80 %.

Jeder Mensch muß die Schuld erkennen, die darin besteht, daß mehr als die Hälfte der Erdbewohner hungert, durch Hunger krank wird und durch Hunger ihre Kinder verliert. Heute kennen die Völker Afrikas und Südasiens nun ihre Peiniger. Sie wissen, wo die Ursachen für die Verarmung ihrer Länder zu suchen sind. Wenn sie aber ihre nationale Unabhängigkeit erstreben, führen die Kolonialherren gegen sie einen Krieg mit Panzern, Napalmbomben und anderen Vernichtungsmitteln. Nicht nur in Algerien wurde die verzweifelte Bevölkerung zu Tode gemartert und ermordet. In Kamerun und Kenia, im Kongo, in Angola und in der Südafrikanischen Union<sup>14)</sup> verteidigen die sogenannten 'christ-

<sup>14)</sup> Im Oktober 1961 wurde die Südafrikanische Union aus dem Ministerrat der Staaten des Commonwealth wegen der unduldsamen Rassenpolitik ausgeschlossen.

lichen Völker' ihre Verträge und Vorrechte mit militärischer Gewalt, durch Folterungen und Konzentrationslager. So sieht die Freiheit der westlichen Welt aus!

Wenn in der Bundesrepublik die männliche Jugend nach zwei Weltkriegen wieder durch die allgemeine Dienstpflicht und ein hartes Kriegsrecht zu den Waffen gezwungen wird, und zwar zum Dienst mit atomaren Waffen, dann ist hier die Freiheit begraben. Denn unter dem Kriegsrecht ist jeder Mensch rechtlos und dazu verdammt, auf irgendeinen Befehl hin jedes Land zur Wüste zu machen und selbst dabei ins Massengrab zu marschieren.

Es ist ein Unheil, dessen Folgen noch nicht abzusehen sind, wenn die oberste Synode der EKid zunächst die Wiederaufrüstung, dann die Eingliederung der westdeutschen Bundeswehr in die NATO, dann die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht und schließlich die Ausrüstung der Bundeswehr mit Atomwaffen moralisch und theologisch gerechtfertigt hat und es unwidersprochen ließ, daß eins ihrer Mitglieder, nämlich Professor Küneth aus Erlangen, die Anwendung der Wasserstoffbombe „eine politische Form der Bruderliebe“ genannt hat. Damit ist die Freiheit des Menschen verraten. Was hat es zu bedeuten, daß es für jeden Bundesbürger die liberale Möglichkeit gibt, zu reden, zu denken, zu tun und zu treiben, was er will? Der junge Mann im militaristisch-kapitalistischen Westen kann in jeder Minute durch einen totalen Einsatzbefehl seiner Freiheit beraubt werden. Er muß dann verwüsten, vernichten und töten, wann, wo und wie es befohlen wird; und er hat Aussicht, dabei selbst auf qualvolle Weise umzukommen oder zum Krüppel zu werden. Zwar erklären die Leitungen der meisten evangelischen Gliedkirchen, der Rat der EKid und besonders die Bischöfe Dibelius, Lilje und Präses Scharf, daß sie gegen den Krieg seien. Aber praktisch tun sie alles, um jene Kräfte zu stärken, die bereits in Manövern die Vernichtung deutscher Städte durch Atomraketen üben.<sup>15)</sup> Das ist das Ende der Freiheit! Dieses Verhalten der Kirche muß schwere Folgen für die Glaubwürdigkeit der christlichen Botschaft in der Welt haben.

Es ist besonders schmerzlich, daß die Holländisch-Reformierte Kirche der Südafrikanischen Union gegen einen UNO-Beschluß, der gleichfalls die Rassenpolitik der Regierung und den Rassenterror ihrer Polizeiorgane verurteilte, Einspruch erhoben hat. Über die Nöte dieses Landes unterrichtet das Buch von Alan Paton „Denn sie sollen getröstet werden“ (im Englischen: „Weine, geliebtes Land“).

<sup>15)</sup> Auf dem Kirchentag zu München (1959) fand im Beisein des Generals Heusinger und der Bischöfe Dibelius und Lilje im Bürgerbräukeller ein Soldatentreffen statt, an dem etwa 1900 uniformierte Bundeswehrsoldaten teilnahmen. — Bundeswehrsoldaten, die an dem Kirchentag teilnehmen wollten, erhielten 5 Tage Sonderurlaub und zahlten für die Bahnfahrt und Teilnahme insgesamt 25 DM, wovon ihnen aus den örtlichen Kantinen noch 15 DM rückvergütet wurden. So hatte man diese große Teilnehmerzahl

Wegen der Wichtigkeit der Sache müssen wir eine Aussage wiederholen. Angesichts der totalen Bedrohung des Lebens auf der Erde und des Bestandes unseres Planeten durch Atomwaffen spielt es keine Rolle, wenn im sogenannten 'freien Westen' angeblich jeder Mensch sagen darf, was er will, tun darf, was ihm gefällt, und Geschäfte machen darf, wie er es am besten kann. *Einmal ist diese Behauptung unwahr!* Bürger der Bundesrepublik werden verfolgt und eingekerkert, wenn sie gegen den Atomkrieg sprechen oder auch nur für gesamtdeutsche Beratungen eintreten. Der kleinste Versuch, dem Sozialismus und der Politik der Staaten des Sozialismus gerecht zu werden, wird bereits als 'kommunistische Propaganda' abgelehnt. Die Rektorenkonferenz der westdeutschen Universitäten lehnte jede offizielle Vertretung bei den Jubiläumsfeierlichkeiten der Universitäten Greifswald, Jena und Berlin ab. Daraus kann man erkennen, wie weit die Diffamierung sogar auf wissenschaftlichem und kulturellem Gebiet geht. Professor Hagemann wurde unter schwerster Verletzung der akademischen Rechtsordnung von seinem Lehramt entfernt. Kirchenpräsident D. Niemöller, Pfarrer Mochalski, Pfarrer Essen, Pfarrer Oberhof und andere wurden verklagt und vor Gericht gestellt, weil sie öffentlich festgestellt hatten, daß ein Krieg mit atomaren Waffen Dummheit und Verbrechen sei und daß die Wiedervereinigung unseres Vaterlandes eine vordringliche *sittliche Aufgabe* wäre.

Zum anderen ist die liberalistische Freiheit, angeblich im Theater, in der Presse, im Rundfunk und in der Öffentlichkeit alles sagen zu dürfen, ein Ablenkungsmanöver. Durch die Betonung dieser bedeutungslosen libera-

erreicht. Denn es war die Absicht des Präsidiums des Kirchentages, nach der Kritik von Kirchenpräsident Niemöller und den Kirchlichen Bruderschaften an der Ausbildung und Vorbereitung der NATO-Bundeswehr zu einem Bruderkrieg auf deutschem Boden mit atomaren Waffen *diese Bundeswehr in den Augen der Kirchentagsbesucher zu rehabilitieren*.

Auf dem Soldatentreffen sagte Bischof Dibelius „im Namen aller Bischöfe und kirchlichen Stellen“, daß „wir volles Vertrauen zu euch haben, wenn ihr euch auf die Verteidigung des Vaterlandes vorbereitet“. In gleicher Weise sagte Bischof Lilje „im Namen aller Bischöfe“, daß man „wohl ein ledernes Herz haben müsse, wenn man diesen Anblick je wieder vergessen könnte“ und „daß wir ein Herz für euch haben!“

Obwohl im Kommuniqué vom 21. Juli 1958 ausdrücklich festgestellt worden war, daß der Wehrmachtsseelsorgevertrag nicht für die Gliedkirchen und Amtsträger in der DDR verbindlich wäre — wir werden noch davon sprechen —, sagten beide Bischöfe „im Namen aller Bischöfe und kirchlichen Stellen“ ihr Grußwort. Sie sagten aber kein Wort zu der ungeheuren Problematik und Spannung, die durch die Eingliederung der Bundeswehr in die NATO im Hinblick auf die Wiedervereinigung unseres Landes entstanden ist. Sie sprachen nicht von den unheimlichen Gefahren der atomaren Rüstung und den Folgen eines Krieges mit Atomwaffen. Sie erinnerten nicht an Stalingrad und die Massengräber zweier Weltkriege. Aber sie sprachen diesen Soldaten ihr bischöfliches Vertrauen aus, weil sie sich „auf die Verteidigung des Vaterlandes vorbereiteten“. — Quo vadis, ecclesia?

listischen Freiheit wird der Umstand verschleiert, daß der Mensch in allen Fragen, bei denen es um Tod oder Leben seines Landes und seiner Person geht, nichts mehr zu sagen hat! Er ist in der Gewalt jener Mächte, die die kostspielige atomare Rüstung betreiben, weil sie ihnen Maximalprofite einbringt, die alle bisherigen Kriegsgewinne weit übertreffen. Da die Rüstungsindustrie und der Generalstab sich vereinigt haben, herrscht in der Bundesrepublik eine diktatorische Willkür, und alle Versuche, gegen Dienstpflicht, Kriegsvorbereitungen und Atomwaffenrüstung anzugehen, werden planmäßig unterdrückt. Man kann daraus erkennen, wie sehr die westdeutsche Bevölkerung bereits ihre Freiheit verloren hat.<sup>16)</sup>

Die sozialistische Weltanschauung vertritt einen anderen Freiheitsbegriff. Freiheit ist Einsicht in das Notwendige. Je besser meine Einsicht in den notwendigen und gesetzmäßigen Ablauf der Dinge ist, und zwar bezüglich der Vorgänge in der Natur ebenso wie im Ablauf der Geschichte, *um so mehr habe ich die Freiheit, zweckmäßig, vernünftig und sittlich zu handeln und dadurch richtig zu leben*. Mit den wachsenden wissenschaftlichen Erkenntnissen werden auch die verschiedenen menschlichen Möglichkeiten größer, die Naturkräfte sinnvoll zu beherrschen, dadurch das Angesicht der Erde nutzbringend zu verändern und die Erde wohnlicher zu machen. Dieses hohe sittliche Ziel, das dem wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und kulturellen Fortschritt der gesamten Menschheit dient, darf wohl von den einzelnen Zucht sowie einige Beschränkungen und Opfer verlangen. Aber der Bürger in einem sozialistischen Staatswesen darf dabei die Gewißheit haben, daß das sozialistische Lager niemals einen Krieg beginnen wird und daß das oberste Ziel aller Regierungsmaßnahmen die Sicherung des Friedens ist. Weil andererseits Grundlage und Ziel aller Gesetzlichkeit eine wahre Humanität ist, deshalb haben wir Christen uns in das Friedenslager gestellt; wir respektieren den Aufbau des Sozialismus und unterstützen ihn nach besten Kräften. Mögen manche Maßnahmen auch noch weit hinter den gesteckten Zielen zurückbleiben, so sehen wir in der Beseitigung dieser Schäden eine sittliche Aufgabe. Sie können uns

<sup>16)</sup> Da war zuerst die Volksbewegung „Ohne uns!“: Mehr als 16 1/2 Millionen Bundesbürger forderten durch Unterschrift eine Volksbefragung. Sie wurde nach langem Rechtsstreit nicht zugelassen!

In der Paulskirche empörte sich die westdeutsche Bevölkerung gegen die EVG-Verträge; mehr als 2200 evangelische Pfarrer wandten sich damals durch Unterschrift gegen die allgemeine Dienstpflicht. Auch diese Bewegung wurde abgewürgt.

Abermals entstand eine breite Volksbewegung unter Führung namhafter kirchlicher Amtsträger; Kirchenpräsident D. Niemöller, Oberkirchenrat Kloppenburg, Dekan Weber, Professor Gollwitzer und viele andere bezogen „Mahnwachen“ gegen den Atomtod. Gegen Niemöller wurde ein Gerichtsverfahren eingeleitet (das man später fallenlassen mußte) und die Bewegung auf verschiedenste Weise aufgehalten.

in der großen Zielsetzung nicht beirren. Der Dichter Bertolt Brecht sagt in seinem ergreifenden Gedicht „An die Nachgeborenen“:

Dabei wissen wir doch:  
Auch der Haß gegen die Niedrigkeit  
verzerrt die Züge.  
Auch der Zorn über das Unrecht  
macht die Stimme heiser. Ach, wir,  
die wir den Boden bereiten wollten für Freundschaften  
selber nicht freundlich sein. [keit,  
Ihr aber, wenn es so weit sein wird,  
daß der Mensch dem Menschen ein Helfer ist,  
gedenket unser  
mit Nachsicht.

*Es geht darum, daß der Mensch dem Menschen ein Helfer wird!* Es geht um eine bessere Gerechtigkeit im Leben. Es geht um die Befreiung der Völker von Ausbeutung und Hunger und um die Liebe zu allen Menschen ohne Unterschied der Rassen und Nationalitäten. Es geht um die Förderung und Ausbildung aller menschlichen Kräfte und Gaben. *Es geht um eine erneute menschliche Gesellschaft.*

Wir werden als Christen niemals sagen, daß das Reich Gottes durch den Sozialismus gebaut werde; diese Feststellung haben wir bereits gemacht. Denn wir kennen zu sehr die Problematik alles Menschlichen, zumal in einer Zeit des Umbruchs nach einem verlorenen Kriege. Wir wissen auch, wie menschlicher Titanismus und böse Eigensucht vielfach die edelsten Ziele und Bestrebungen verderben können. Wir wissen vor allem als Christen, daß alles Irdische seine Zeit hat und der Vergänglichkeit unterworfen ist. Aber wir meinen zu verstehen, daß Gott heute seiner an die kapitalistische Welt verlorenen Kirche durch den Siegeszug des Sozialismus eine ernste Warnung zukommen läßt. Wir meinen, daß er seiner Kirche gerade in der Begegnung mit dem Sozialismus eine große Möglichkeit zur Bewährung bietet. Wir meinen schließlich, daß wir Gott in der säkularen Welt vielfach sogar besser ehren und ihm besser dienen können als im klerikal beherrschten und kultisch begrenzten Raum der Kirche. Wir meinen, daß der Christ heute in einer sozialistischen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung in besonderer Weise *die Freiheit der Kinder Gottes bezeugen kann!* Das ist eine schwere Aufgabe. Aber sollten wir uns nach den vielleicht bequemeren, aber in vieler Hinsicht nicht guten und in ihrer Folge höchst gefährlichen Verhältnissen des Westens sehnen, weil das Christentum im Osten große Anforderungen an unseren Glaubensmut, unsere Überzeugungstreue und unseren Charakter stellt?

Die Freiheit, die uns Christus gibt, ist eine andere Freiheit als die liberalistische Freiheit der kapitalistischen Welt oder die blutbefleckte Freiheit der Kolonialherren. Wer also ein Christ sein will, hat dazu in einem sozialistischen Staatswesen viele Möglichkeiten, den Schutz der Verfassung und die Frei-

heit seines Gewissens. Er wird sein Christentum bewähren müssen „mitten in der Welt“, die ihm vielfach nicht freundlich gesinnt sein wird. Aber das dürfte uns im Hinblick auf die geschichtliche Schuld der Kirche weder verwundern noch verärgern. Scharfe Kritik belebt die Kräfte, auch die Kräfte des Glaubens. Die Wahrheit macht frei, wie Jesus Christus es den Seinen verheißen hat. Sie macht uns in der Nachfolge Jesu Christi auch zum politischen Dienst frei, weil wir als Glieder der Gesellschaft uns der politischen Mitverantwortung einfach nicht entziehen dürfen. Dabei mögen die sozialen, ökonomischen und politischen Wahrheiten des Sozialismus heute noch manchem Christen unbequem sein; aber sie sind ein Prüfstein für die Echtheit seines Glaubens. Unsere Existenz als Christen können wir in einer sozialistischen Gesellschaft nur durch die Nachfolge Christi sichern, da formale Kirchenzugehörigkeit und Taufschein heute nur wenig bedeuten. Aber die Möglichkeit zur Nachfolge Christi ist uns auch im Sozialismus gegeben.

### c) Krieg und Revolution

Gegen den ausdrücklichen Beschluß der obersten Synode der EKdD Berlin 1956 (vgl. Protokoll S. 128) hatten Bischof Dibelius und Militärbischof Kunst den Militärseelsorgevertrag mit der Bundesregierung unterzeichnet und von der Synode Berlin 1957 durch eine „Ja-oder-Nein-Forderung“ seine Billigung ohne Änderung verlangt. Ein Jahr später sagte Bischof Kunst, der Vertrag brauche nicht geändert zu werden, da er bereits mit der Blickrichtung auf die atomare Bewaffnung der Bundeswehr ausgearbeitet worden sei. Diese Tatsache war allen Synodalen verschwiegen worden, als es D. Kunst und Dr. Gerstenmaier darum ging, den Militärseelsorgevertrag unter allen Umständen durchzubringen.

Während Kirchenpräsident D. Niemöller den Krieg mit atomaren Vernichtungswaffen ein „totales Verbrechen“ nannte, weil vor allem die wehrlose Zivilbevölkerung von der Vernichtung betroffen werden würde, und demzufolge vor der Ausbildung der Jugend zu solch verbrecherischem Kriegshandwerk warnte, sagte nunmehr Bischof Kunst, „es gehöre zur Bürde und Würde des deutschen Soldaten, alle Spannungen auszuhalten, die der Soldatenberuf nun einmal mit sich bringe“. Man muß sich in diesem Zusammenhang daran erinnern, daß im Manöver ‚Schwarzer Löwe‘ des Jahres 1958 ‚übungsmäßig‘ westdeutsche Millionenstädte als total vernichtet betrachtet wurden; daß man ‚manövermäßig‘ Atomraketenbatterien auf Leipzig richtete und mit ferngesteuerten Raketen laut Aussagen des Verteidigungsministers Strauß „die Sowjetunion von der Landkarte“ ausradieren könne. Aber an „alle Spannungen“ müsse sich der deutsche Soldat gewöhnen, meinte Bischof Kunst; das gehöre ‚zur Würde‘ seines Berufes.

Wir müssen fragen, ob die Möglichkeit, durch pflichtmäßige Kasernenstunden in der Bundeswehr Seelsorge treiben zu können und als ‚Dienst‘ angesetzte Feldgottesdienste zu halten, nicht für einen zu teuren Preis erkaufte worden ist. Wird die Glaubwürdigkeit des Evangeliums nicht belastet und die Botschaft vom Frieden und der Barmherzigkeit Gottes nicht unwirksam gemacht, wenn diese christlichen Soldaten die Vernichtung von Millionenstädten üben müssen? Können nichtchristliche Völker den Sendboten des Evangeliums noch ihre Botschaft abnehmen, wenn sie hören, daß die sogenannten christlichen Völker eine Atomwaffenrüstung von gigantischem Ausmaße betreiben<sup>17)</sup>, während alle Welt sich nach Frieden sehnt? *In Europa wird sich das Schicksal der christlichen Kirchen an ihrer Stellung zum Kriege entscheiden!*<sup>18)</sup>

Der CDU-Kultusminister von Schleswig-Holstein, Edo Osterloh, proklamierte auf dem Kirchentag in München die Bereitschaft zum Einsatz „aller und der modernsten Waffen“, um die ‚christliche Kultur‘ zu verteidigen. Bischof Bender rechtfertigte auf der Synode Berlin 1957 die Anwendung von Atomwaffen mit den Worten: „Es geht um die Gewinnung des ewigen Lebens und nicht um die Erhaltung des physischen Lebens!“ Propst Asmussen sagte in einer Erwiderung an die Kirchlichen Bruderschaften, daß die „Atombombe eine Zucht- und in Gottes Hand“ und „eine Mahnung zum Jüngsten Tage“ sei. Er setzte damit also den Beginn eines Atomwaffenkrieges durch vermessene Generale mit dem Willen Gottes gleich. Durch solche Aussagen ist die Botschaft Jesu Christi in einem Maße verkehrt worden, das kaum noch überboten werden kann.

17) Im Februar 1958 stellte die Sowjetunion für die Dauer von 18 Monaten alle Versuche mit Atomwaffen ein. Als jedoch die USA vom Karfreitag 1958 an eine Versuchsserie von mehr als 40 großen Atombomben aller Art in der Stratosphäre zündete, in den Jahren 1959 und 1960 dann eine große Anzahl unterirdischer Versuche durchführte und Frankreich mit Hilfe westdeutscher Kapitals und westdeutscher Wissenschaftler mit drei Versuchsexplosionen an der Neutronenbombe arbeitete, nahm die Sowjetunion im Jahre 1961 die Tests wieder auf.

Sie gab jedoch kurz nach dem XXII. Parteitag bei offiziellen Gelegenheiten wiederholt die Versicherung ab, fortan keine Versuche mehr durchzuführen, falls auch die anderen Atomkräfte auf weitere Versuche verzichten würden. Sie hat auch die Verhandlungen im Genfer Atomwaffen Ausschuss mit dem Ziel einer allgemeinen und totalen Abrüstung wieder aufgenommen.

18) Es geht heute nicht nur um die Achtung der Atomwaffen und des Atomwaffenkrieges, sondern um die Achtung des Krieges überhaupt. — Überall werden Atomkraftwerke gebaut. Die Explosion eines Atomkraftwerkes würde die Wirkung einer großen Wasserstoffbombe haben. Eine Granate, die auf ein „friedliches“ Atomkraftwerk abgefeuert würde, könnte diese Katastrophe auslösen.

In Hanford (England) lagern neben dem großen Atomreaktor ständig etwa 225 Millionen Liter radioaktiver Substanz, sogenannter „Atomüll“, in großen Behältern. Man weiß nicht, wohin damit; aber eine Zerstörung der Behälter durch eine Granate würde eine ganze Provinz unbewohnbar machen.

Es war eine Tragik, daß die evangelische Theologie nach 1530 durch die Bindung der jungen lutherischen Kirche an die Fürsten gezwungen wurde, die alte Auffassung der Kirche in bezug auf Krieg und Revolution genauso zu vertreten, wie es im ganzen Konstantinischen Zeitalter üblich gewesen war. Seit dem Konzil von Arles im Jahre 314 war Wehrdienstverweigerung (auch im Frieden!) ein Vergehen, das mit der härtesten Kirchenstrafe, der Exkommunikation, bestraft wurde. Im Gegensatz zu den eindeutigen Forderungen der Propheten und Jesu von Nazareth wurde der Krieg fortan als eine Möglichkeit des göttlichen Waltens auf dieser Erde angesehen. Es war Pflicht der christlichen Untertanen, ihr Leben auf den Befehl eines Fürsten hin vorbehaltlos im Kriege einzusetzen.<sup>19)</sup> Aber die Teilnahme an einer Revolution wurde in jedem Falle als unzulässig und schwere Sünde bezeichnet.

Im Jahre 1930 schrieb Otto Dibelius sein Buch „Friede auf Erden?“, in dem er zwar erklärte, daß nach Gottes Willen auf Erden Friede sein solle; aber der Krieg wurde dennoch von ihm unter Mißachtung der prophetischen Forderung gerechtfertigt. Wir lesen zum Beispiel (S. 104):

„Der Friede der gemeinen Naturen hat in den Gedanken der israelitischen Propheten niemals eine Stelle gehabt. Wohl haben sie ebenso gewußt wie das gemeine Volk, daß der Krieg eine Plage ist. Der israelitische Bauer hat ebenso wie der griechische Geseufzt unter den schweren Lasten, die die ewigen Kriege ihm auferlegten. Er hat sich gesehnt nach der Friedenszeit, wo ein jeder ruhig unter seinem Feigenbaum und neben seinem Weinstock sitzen kann. Aber die großen Männer des Volkes, die Propheten zumal, haben solchen Gedanken nicht Raum gegeben.“

Das ist eine falsche Auslegung der prophetischen Aussage. Denn es war nicht der ‚Sehnsuchtstraum‘ des *kriegsgeplagten israelischen Bauern*, unter seinem Feigenbaum und neben seinem Weinstock zu sitzen (vgl. Jes. 2, 2—5; Micha 4, 1—4), sondern die Propheten Jesaja und Micha hatten dies als eine *Forderung Gottes* ausgesprochen!

19) Nach dem ausführlichen Bericht der westdeutschen Wochenzeitung „Das andere Deutschland“ sagte General Heusinger auf dem Kirchentag in München, daß er seine Einsatzbefehle, wo es um den Tod Tausender ging, immer in der Verantwortung des Glaubens gegeben habe. Darauf sagte Bischof Lilje den Soldaten: „Der Soldat, der seine Existenz möglichst hoch versteht, ist derjenige Mann, der gerichtet ist auf das Leben in der Krise! Ihr habt soeben gehört (von General Heusinger; d. Verf.): im Angesicht des Todes werden im Ernstfalle Befehle erteilt, und Ihr habt gespürt, was das bedeutet.“

Ist nach neutestamentlicher Aussage ein „Leben in der Krise“ wirklich die höchste Ehre und Würde des Mannes? Die religiösen Emotionen von General Heusinger sollen nicht bestritten werden; aber es handelt sich hier um eine Aussage rein idealistischer Art. Durch diese idealistische Aussage wird der Mißbrauch des Kirchentages, der Kirche und des Christentums für die Zwecke des westdeutschen Militarismus besonders deutlich.

„Kommt, laßt uns zum Berge des Herren hinaufziehen, zum Hause des Gottes Jakobs, damit er uns über seine Wege belehre und wir auf seinen Pfaden wandeln.“

Dann wird er zwischen den Völkern richten und vielen Völkerschaften Recht sprechen; und sie werden ihre Schwerter zu Pflugscharen umschmieden und ihre Lanzen zu Winzermessern; kein Volk wird noch gegen ein anderes Volk das Schwert erheben und sich hinfort nicht mehr auf den Krieg einüben.

Sie werden ein jeder neben seinem Weinstock und unter seinem Feigenbaum sitzen, ohne daß jemand sie aufschrecken wird. Der Mund des Herrn hat es gesagt!“

Dibelius sagt, die großen Männer des israelitischen Volkes, zumal die Propheten, hätten dem Gedanken an den ‚Frieden der gemeinen Naturen‘ keinen Raum gegeben. Bereits diese Formulierung, die von Dibelius geprägt ist, ist unsachlich, wie die gesamten Ausführungen. Denn eine bestimmte kirchliche Schriftauslegung hat im Alten Testament zwar Belegstellen für die verschiedensten kirchlichen Dogmen gesucht, zum Beispiel über das Kommen des ‚Messias‘ und seine Geburt durch eine Jungfrau. Aber man hat andere entscheidend wichtige Aussagen und Forderungen der Propheten fortgelassen, weil sie nicht zur Kriegsbereitschaft der Kirche paßten. So pflegten Ausleger wie Dibelius den Vers Sacharia 9, 9 zwar auch eine ‚messianische Weissagung‘ zu nennen:

„Frohlocke laut, Tochter Zion.  
Brich in Jubel aus, Tochter Jerusalem!  
Siehe, dein König kommt zu dir;  
gerecht und sieghaft ist er,  
demütig, und reitet auf einem Esel,  
und zwar auf einem Füllen, dem Jungen des Lasttieres.“

Aber sie ließen die Forderung des Nachsatzes fort; denn darin wird im Namen Gottes eine totale Verwerfung des Krieges ausgesprochen:

„Dann will ich die Kriegswagen in Ephraim ausrotten  
und die Kriegsgrosse aus Jerusalem;  
auch die Kriegswaffen sollen vernichtet werden.  
Und er wird den Völkern Frieden gebieten!  
Und seine Herrschaft reicht von Meer zu Meer.“

Es muß auch beachtet werden, daß die bekannte Stelle aus dem 46. Psalm Vers 10 nicht so übersetzt werden darf, wie Luther es getan hat: „... der den Kriegen steuert in aller Welt“, als wäre Gott der große und oberste Kriegsherr. Vielmehr hat Gesenius *bereits in der 17. Auflage von 1921* seines hebräischen Lexikons *in Sperrdruck* festgestellt, daß Gott nach Ps. 46, 10 „dem Kriege ein Ende machen will!“ Die Stelle muß richtig übersetzt werden: „(Gott will), daß die Schlachten aufhören bis ans Ende der Erde!“ Aber Dibelius sagt, Gedanken an den Frieden hätten bei den Propheten keinen Raum gefunden. Das schrieb er nach dem ersten Weltkrieg. Aber auch nach der Katastrophe von 1945 hat er seine Stellung zum Kriege nicht korrigiert. Er schrieb 1949 in seinem Buche „Die Grenzen des Staates“ (S. 76 f.):

„Im Kriege bleibt der Mensch im Rahmen geordneter Verantwortung. Im Kriege kann, so schwer, ja so unmöglich das auch in der Regel sein wird, doch wenigstens der Versuch gemacht werden, in den Bindungen durch die großen sittlichen Gebote zu leben. Die Revolution aber durchsticht alle Dämme. Sie entfesselt die brutalen Instinkte der Masse. Es gibt keine Revolution in der Geschichte, der ein Christ zustimmen könnte.“

Im Gegensatz zu dieser Aussage und Auffassung müssen wir feststellen, daß ein Krieg alle Dämme der Ordnung, des Rechtes und der Moral nicht nur durchbricht, sondern einreißt! Der Krieg entfesselt in weit höherem Maße die brutalsten Instinkte als eine Revolution, wenn das den Bürgern zu Hause auch weithin verborgen blieb. Man kann auch nicht die Auffassung vertreten, daß ein Mensch im Kriege „im Rahmen geordneter Verantwortung“ bleibt. Was bedeutet schließlich der „Versuch“, ein anständiger Mensch bleiben zu wollen! Dibelius gibt selbst zu, daß er scheitern muß. Zwangsmäßig wird der Soldat im Kriege zum Gewaltmenschen, zum Räuber und Totschläger.

Aber diese Haltung und Auffassung resultiert aus Luthers Stellung zum Kriege, der in seiner Schrift „Oß Kriegsleute auch in seligem Stande sein können“ unter anderem die Meinung vertrat:

„Die Hand, die solches Schwert führt und würgt, ist auch alsdann nicht mehr Menschen Hand, sondern Gott hängt, rädert, enthauptet, würgt, kriegt; es sind alles seine Werke und Gericht.“

Wenn Propst Asmussen die Entfesselung eines Atomwaffenkrieges mit dem Walten Gottes identifiziert, so geht er dabei in der theologischen Begründung auf Luther zurück. Luther hatte sich immerhin dadurch eine Begründung verschafft, daß er dem Kriege folgende, allerdings heute sehr unzureichende Definition gab: „Was ist der Krieg anders, denn Unrecht und Böses strafen?“ Aber der Krieg ist nicht nur Abwehr und Bestrafung des Unrechts, sondern er ist in den meisten Fällen Angriffs- und Raubkrieg und damit eine Gewalttat und schweres Unrecht gewesen. Wir dürfen heute nicht mehr mit dieser unzulänglichen Definition Luthers arbeiten. Aber auch in Luthers Schrift bleibt es für uns eine Anfechtung, daß er bei seiner positiven Einstellung zum Kriege gleichzeitig eine schwere Sünde darin sehe, gegen eine unrechtmäßige und gewalttätige Obrigkeit aufzutreten und ihre Beseitigung zu erstreben. Er sagte: Du mußt in diesem Falle Unrecht erdulden, Christ! Schlag nicht nach oben; es könnten dir Späne in die Augen fliegen! — Diese widerspruchsvolle Auffassung vertritt Bischof Dibelius auch heute noch.

Zur Problematik der Revolution möchten wir daher folgendes sagen, indem wir uns eines Vergleiches bedienen: Die revolutionäre und sozialistische Arbeiterschaft hat in dem vergangenen Jahrhundert des Kampfes den Streik als ein

hartes Kampfmittel entwickelt, um ihre Forderungen auf solche Weise gewaltsam, wenn auch unblutig durchzusetzen. Die Anwendung dieses Mittels war ebenso berechtigt wie notwendig. Der Sieg der proletarischen Revolution ist ohne das Mittel des Streiks nicht denkbar. In der sozialistischen Gesellschaft aber ist der Streik überflüssig geworden, weil alle notwendigen Reformen beziehungsweise die Abstellung von aufgetretenen Schäden durch die Betriebsgewerkschaftsleitung und die verantwortliche Mitbestimmung jedes Arbeiters erfolgen.

In derselben Weise muß zugegeben werden, daß Revolutionen in kapitalistischen Ländern, unter imperialistischen Regierungen und bei kolonialer Unterdrückung notwendig gewesen sind und auch heute noch unvermeidbar sind. Denn die Geschichte lehrt, daß derartige Machthaber nicht gewillt sind, ihre Machtstellung und ihre Vorrechte freiwillig aufzugeben. Auch hat es sich in der Geschichte als unmöglich erwiesen, bestehende Unrechtszustände auf dem Wege gesetzlicher Reformen zu beseitigen, solange die kapitalistischen und militaristischen Grundverhältnisse bestehenbleiben. Aber in der sozialistischen Gesellschaft werden Revolutionen in ähnlicher Weise überflüssig werden wie der Streik. Denn eine sozialistische Regierung würde sich selbst untreu werden, wenn ihr das Wohl des arbeitenden Volkes nicht oberstes Gesetz wäre.

In dieser Beurteilung der Revolution und in der Zielsetzung ihrer Überwindung durch einen sozialistischen Staat auf humanistischer Grundlage bestehen zwischen dem Christentum und den humanistischen Zielen des Sozialismus keine Gegensätze. Nur einmal allerdings ist in der lutherischen Theologie der Versuch gemacht worden, die Revolution zu rechtfertigen; das war nach den Märztagen von 1848. Lutherische Theologen und Kirchenregierungen haben die damaligen Versuche schnell unterdrückt, und bis zum Ende des zweiten Weltkrieges wurde kein neuer Versuch einer theologischen Begründung der Revolution gemacht. Erst der Bruderrat der Bekennenden Kirche erklärte in seinem „Wort zum politischen Weg unseres Volkes“ aus Darmstadt vom 8. August 1947 zur Berechtigung der Revolution folgendes:

„Wir sind in die Irre gegangen, als wir begannen, eine ‚christliche Front‘ aufzurichten gegenüber notwendig gewordenen Neuordnungen im gesellschaftlichen Leben der Menschen. Das Bündnis der Kirche mit den das Alte und Herkömmliche konservierenden Mächten hat sich schwer an uns gerächt.

Wir haben die christliche Freiheit verraten, die uns erlaubt und gebietet, Lebensformen abzuändern, wo das Zusammenleben der Menschen solche Wandlungen erfordert. Wir haben das Recht zur Revolution verneint, aber die Entwicklung zur absoluten Diktatur geduldet und gutgeheißen.“

Das war eine schwerwiegende Aussage. Leider ist die theologische Nacharbeit noch nicht in der Weise erfolgt, wie die Wichtigkeit der Sache es wohl verlangen könnte. Das Buch von Prof. Hromádka „Von der Reformation zum Morgen“ (Leipzig 1959) hat wesentliche Vorarbeit geleistet, ebenso wie die Bücher von Emil Fuchs über „Christliche und marxistische Ethik“. Aber unseren christlichen Gemeindegliedern fehlt noch eine „Ethik des Politischen“, in der die Stellung der Kirche zu Krieg und Revolution im Vergleich zu Luthers Auffassung eine grundlegende Änderung erfahren müßte. Es muß als ein Beweis für die wachsenden Widersprüche zwischen der Botschaft Jesu und der Lehre und dem Leben der Kirche gewertet werden, wenn sie auch heute noch durch ihre Bischöfe und obersten Synoden Auffassungen vertritt, die bereits vor 450 Jahren unzulänglich oder falsch waren. Das Schicksal der Kirche entscheidet sich an ihrer Stellung zum Kriege! Die moralische und theologische Rechtfertigung des Krieges wird aber um so bedenklicher, wenn gleichzeitig die Berechtigung der Revolution bestritten wird. Infolge dieses inneren Widerspruchs wird die Kirche unglaubwürdig, wenn sie weiterhin den Krieg verteidigt, nachdem er durch den Sozialismus geächtet worden ist und mit allen Mitteln bekämpft wird.

Nach sozialistischer Auffassung sind Kriege in der kapitalistischen Welt Mittel gewesen, um schwachentwickelte, wehrlose Völker zu unterwerfen und auszubeuten. Da die Ausbeutung von Menschen das schwerste soziale Unrecht ist, werden alle Eroberungs-, Raub- und Kolonialkriege vom Verdikt betroffen. Im Atomzeitalter aber sind Kriege unzweckmäßig, unrentabel wegen der hohen Kosten der modernen Waffen und sinnlos durch deren Zerstörungskraft geworden. Der Krieg ist heute kein geeignetes Mittel mehr, um wirtschaftliche oder politische Spannungen zu beseitigen. Ein Krieg mit atomaren Waffen würde die totale Vernichtung der Erde herbeiführen. Ein Krieg mit chemischen, bakteriologischen und atomaren Waffen ist nicht nur unmenschlich, sondern er würde zugleich Selbstmord und Selbstvernichtung bedeuten. Es würde keine Sieger und Besiegte mehr geben.

Da trotz dieser veränderten Sachlage in der kapitalistischen Welt immer noch versucht wird, wirtschaftliche Interessen durch Kriege zu verfolgen und diese Kriege psychologisch so vorbereitet werden, als würden sie noch mit Kanonen geführt, ist es nach sozialistischer Lehre noch unangebracht, einen radikalen Pazifismus christlicher oder humanistischer Prägung zu vertreten und die Waffen *einseitig* aus der Hand zu legen. Die Geschichte der Sowjetunion und anderer sozialistischer Staaten, die Überfälle imperialistischer Staaten auf Ägypten, Syrien und Algerien, insbesondere der amerikanische Überfall auf Kuba im Jahre 1961 bieten anschauliche Beispiele dafür, daß der Imperialismus zu jedem Gewaltstreich, zu jedem Überfall und zur Anwendung aller Mittel

bereit war, wenn es möglich schien, dadurch den Sozialismus vernichten zu können. Solange unter den kapitalistischen Staaten und in ihrem Verhalten zu anderen Staaten keine Friedensgarantie besteht, wäre es unverantwortlich, die Waffen einseitig aus der Hand zu legen.

Der Sozialismus kann sich daher nicht mit einem bedingungslosen Pazifismus abfinden. *Aber die bewaffnete Haltung der sozialistischen Staaten ist ein Notstand! Dieser Notstand soll schnellstens überwunden werden! Durch allgemeine Abrüstung und kollektive Sicherheit sollen Kriege in Zukunft unmöglich gemacht werden. Auf dieses sittliche Ziel hin ist die sozialistische Politik ausgerichtet!* Darum wird das sozialistische Lager nicht müde, durch immer neue Friedensvorschläge und immer wieder bezugte Verhandlungsbereitschaft die Kriegsgefahr in der Welt zu mindern und schließlich ganz zu beseitigen.

In einer befriedeten Gesellschaft hat jedes Volk das Recht auf Pflege seiner nationalen Selbständigkeit und seines staatlichen Eigenlebens. Darum fordert der Sozialismus die sofortige Beendigung des Kolonialismus und tritt dafür ein, daß in Zukunft keine neue koloniale Abhängigkeit durch finanzielle, wirtschaftliche, politische oder militärische Zwangsmaßnahmen herbeigeführt wird. Diese hohen ethischen Ziele des Sozialismus und Kommunismus sind heute in den kolonialen und halbkolonialen Völkern bekannt. In den christlichen Missionaren aber mußten diese Völker leider vielfach die Sendboten jener Staaten sehen, die ihr Land bekriegt und seine Reichtümer in schonungsloser Weise ausgebeutet haben. Das ist eine Tatsache, über die wir uns nicht leichtfertig hinwegsetzen können.

Richard Wright, dessen Vorfahren vor 300 Jahren als Sklaven von der Goldküste Afrikas in die USA gebracht worden waren, nennt in seinem Buche „Schwarze Macht“ zwei Gründe, weshalb die Afrikaner das Christentum vielfach so grimmig hassen, wo es doch um Jesu Botschaft willen geliebt werden müßte. Er sagt: Eine päpstliche Bulle aus dem Jahre 1455 billigte den ‚christlichen‘ Portugiesen das Recht zu, alle ‚ungläubigen‘ Völker zu versklaven. Daraufhin kamen an die Goldküste Schiffe mit den frommen Namen „San Salvador“, „Jesus“, „Santa Maria“, „Jan Evangelista“ und „Jan Baptista“; sie brachten aber der Negerbevölkerung nicht die Liebe Jesu, sondern nur Elend, Versklavung und Tod. Solche Schuldkonten würden erfahrungsgemäß erst nach Hunderten von Jahren eingelöst. Zum anderen brachte das Verhalten der sogenannten ‚christlichen‘ Völker im ersten Weltkrieg den Afrikanern schwere Erschütterungen; denn sie sahen, wie es mit der Christlichkeit des weißen Mannes bestellt war. Selbst ein Albert Schweitzer, der ‚Heilige des Kongolandes‘, wurde hinter Stacheldraht gebracht. Dann haben sich die weißen Völker kurze Zeit später in einem zweiten Weltkrieg

an den Rand des Abgrundes gebracht; es war unheilvoll, daß die europäischen Völker abermals die farbigen Völker mit Gewalt zwangen, für ihre Interessen auf den Schlachtfeldern zu bluten. Trotz aller bösen Erfahrungen betreiben sie nun eine gigantische Atomrüstung, um das ‚christliche Abendland‘ mit Wasserstoffbomben gegen den Kommunismus zu verteidigen! — So spricht heute ein Neger über das Christentum und die Politik in Europa, nachdem er sich vom Christentum, in dem er in einer Missionsschule erzogen worden war, abgewandt hat und Kommunist geworden ist.

Während auf dem Kirchentag in München laut Anordnung des Präsidiums nicht über die Atomwaffenfrage gesprochen werden sollte, *war es ein Burmese, der die Christenheit Europas um so eindringlicher an ihre Verantwortung mahnte!*<sup>20)</sup>

Wir haben nach der christlichen Existenz in einer sozialistischen Gesellschaftsordnung und in einem sozialistischen Staatswesen gefragt. An den drei wichtigen Problemen des Eigentums, der Freiheit und des Krieges zeigten wir, wie sehr die Kirche der Reformation heute an den Kapitalismus, den Kolonialismus und den Imperialismus der westlichen Welt gebunden ist. Vom Religiösen Sozialismus aber wollen wir uns sagen lassen, daß Gott auch in der Sphäre des Rein-Weltlichen, sogar im Atheismus, seine Sprache reden und seinen Willen tun kann.

So steht vor der evangelischen Kirche und jedem evangelischen Christen heute die Aufgabe, die Zeichen der Zeit zu erkennen und sie richtig zu deuten. *Wir behaupten nicht, über die richtige Deutung dieser Zeichen bereits zu verfügen.* Aber wir wissen, daß wir als Christen den Sozialismus, den Marxismus, den dialektischen Materialismus, den Kommunismus sehr ernst nehmen müssen, weil diese Kräfte und Ideologien heute der Welt ein neues Gesicht geben.

Es dürfte bei unserer Untersuchung deutlich geworden sein, daß wir Christen in der Deutschen Demokratischen Republik heute unsere christliche Existenz im sozialistischen Lager suchen müssen, wenn wir den Befehl Jesu erfüllen wollen: „Ich sende euch!“ Denn es wäre Tragik und Versäumnis, wenn Gott durch den Sozialismus tatsächlich Großes, Neues und Gutes für die Menschheit heraufführen sollte, wir Christen aber aus Unglauben und Konservatismus dem Neuen ablehnend und feindlich gegenüberstehen würden. Heute kann es wohl keinen Zweifel mehr darüber geben, daß sich die

<sup>20)</sup> Da die Kirchlichen Bruderschaften auf dem Kirchentag ausgeschaltet waren, blieben Prof. D. Gollwitzer, Prälat D. Eichele aus Ulm und Pfarrer Essen aus Duisburg die einzigen, die trotz des Verbotes ihren Protest gegen die atomare Bewaffnung der Bundeswehr anmeldeten.

Botschaft des Christentums eher mit den Gedanken und humanistischen Zielen des Sozialismus in Einklang bringen läßt als mit den Zielen und Arbeitsmethoden des Kapitalismus und Imperialismus.

### 3. Die Vereinbarung von Staat und Kirche vom 21. Juli 1958

Viele Christen, Pfarrer und sogar die meisten Kirchenleitungen gehen bei ihren kirchlichen und politischen Entscheidungen noch von der Fiktion eines christlichen Staates aus. Das geschieht in besonderem Maße, wenn sie Beziehungen von Staat und Kirche rechtlich abgrenzen und speziell zu dem Verhältnis von Staat und Kirche in der Deutschen Demokratischen Republik Stellung nehmen. Sie übersehen dabei, daß es keinen ‚christlichen Staat‘ geben kann und daß, wo ein Staat den Anspruch erhebt, ein christlicher Staat zu sein, diese Aussage auf einem Irrtum beruht.

Die Bundesrepublik will nach Grundgesetz und Verfassung ein christlicher Staat sein; aber innerhalb dieses Staatswesens geschehen auf gesellschaftlichem, sozialem und politischem Gebiet Dinge, die kaum noch zu verantworten sind. Hinter einer christlichen Fassade machen sich Rassenhaß und Antisemitismus, Nihilismus und Atheismus, Kriegshetze und Kirchenfeindlichkeit breit. Dennoch hat die Fiktion eines ‚christlichen Staates‘ eine große Zugkraft. Denn sie ist für viele Menschen beruhigend; sie gilt als ein Beweis für bürgerliche Wohlanständigkeit. Das formale Festhalten an christlicher Sitte und christlichem Glauben wird als eine Art bürgerlicher Rückversicherung auch dann noch geübt, wenn man sich innerlich längst vom Christentum abgewandt hat.<sup>21)</sup>

Von sozialistischer Seite ist von den Anfängen der revolutionären Arbeiterbewegung an bis heute immer wieder darauf hingewiesen worden, daß ein ‚christlicher Staat‘ keine rechte Gewissensfreiheit zulasse und in vielen Dingen zur Heuchelei erziehen müsse. Wenn im zaristischen Rußland die russische Staatsangehörigkeit von der Zugehörigkeit zur rus-

<sup>21)</sup> General von Manteuffel hatte als Bundestagsabgeordneter in einer Debatte die rücksichtslose Anwendung der Wasserstoffbombe gegen die Sowjets gefordert. Auf die Proteste der Bevölkerung hin mußte der Staatsanwalt gegen ihn Anklage erheben, weil er in den letzten Kriegstagen einen Soldaten erschossen hatte, den das Kriegsgericht nur zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt hatte. Obwohl hier ein Mord begangen war, lautete die Anklage nur auf Totschlag, und das Gericht in Düsseldorf verurteilte von Manteuffel nur zu einer Gefängnisstrafe von 18 Monaten. v. M. sagte in seinem Schlußwort: „Bei all meinem Handeln hat mir das Wohl der Truppe am Herzen gelegen. Irgendwelches verbrecherische Tun und Wollen lag mir fern; meine Soldaten und der Herrgott werden mir das glauben — und auch das hohe Gericht.“ v. Manteuffel, der im Kriege, wie ich aus eigener Erfahrung weiß, die Wehrmachtsseelsorge aufs schwerste behindert hat, benutzte jetzt also das Christentum zu seiner Verteidigung!

sich-orthodoxen Kirche abhing, so bedeutete diese gesetzliche Bestimmung einen schweren Gewissenszwang, ebenso wie jene Bestimmung, die Heinrich Heine in Preußen nötigte, der christlichen Kirche beizutreten, um an einer Universität studieren zu können, oder die Albert Einstein im Jahre 1912 veranlaßte, wieder in die Synagoge einzutreten, um eine Professur in Prag bekleiden zu können. Deshalb kämpfte die Sozialdemokratie für die Trennung von Kirche, Schule und Staat und erklärte die Religion zur Privatsache.

Die evangelische Kirche legte diese Forderung der revolutionären Arbeiterbewegung von Anfang an so aus, als bedeute sie die Proklamierung des Atheismus und die gewaltsame Beseitigung der Kirche. Die Fiktion eines christlichen Staates hat die Kirche zu dieser unsachlichen und ungerechten Aussage veranlaßt. Aber auf Grund dieser Fiktion geschieht es leider auch heute noch weithin in der kirchlichen Apologetik, daß Sozialismus und Atheismus gleichgesetzt werden. Die Auseinandersetzung mit dem Atheismus, von dem überzeugte Marxisten sagen, daß er untrennbar mit der materialistischen Weltanschauung verbunden sei, darf aber nicht unter solchen falschen Voraussetzungen geführt werden.

Uns geht es zunächst um die Gewissensfreiheit. Diese wird von christlich-kirchlicher Seite als unaufgebar gefordert. Das ist eine berechtigte Forderung. Aber es muß in diesem Zusammenhang beachtet werden, daß zu dieser ‚Gewissensfreiheit‘ ohne Zweifel auch das Recht der Nichtchristen gehört, für ihre atheistische Auffassung zu wirken und öffentlich einzutreten. In christlichen Staaten rief man im Mittelalter und in der Neuzeit gegen Andersgläubige mit Selbstverständlichkeit nach der Polizei unter allzu schneller Berufung auf den Paragraphen gegen Gotteslästerung. Da nun viele Christen nicht davon Kenntnis nehmen, daß wir in einem Staate leben, in dem Staat und Kirche getrennt sind, während die führende marxistische Partei sich sogar zum Atheismus bekennt, so empfinden sie jede öffentliche Äußerung oder Erklärung zum Atheismus durch Rundfunk, Schriften und Presse als eine Beleidigung des Christenglaubens. Zur Gewissensfreiheit gehört aber, daß auch Nichtchristen das Recht haben, für ihre Auffassung öffentlich einzutreten und zu werben.

Es konnte nicht ausbleiben, daß bei der schwierigen innerstaatlichen und innerkirchlichen Problematik, die wir aufgezeigt haben, und angesichts der schweren weltanschaulichen Gegensätze, die heute zwischen der westlichen Welt des kapitalistischen Imperialismus und der östlichen Welt des Sozialismus — in der der dialektisch-historische Materialismus die Weltanschauung der entscheidenden gesellschaftlichen Kraft, der Partei der Arbeiterklasse darstellt — ausgetragen werden, auch für Kirche und Christen in der Deutschen Demokratischen Republik erhebliche Spannungen entstanden.

So war es zu begrüßen, daß die Synode der EKID in Spandau vom März 1958 eine Kommission beauftragte, mit der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik über bestehende Spannungen und Unzuträglichkeiten zu verhandeln. Die Regierung war bereit, diese Kommission von vier kirchlichen Persönlichkeiten zu empfangen, wenn dieselben Bürger der Deutschen Demokratischen Republik wären. Da diese Voraussetzung erfüllt war, wurde sofort mit Verhandlungen zwischen der Regierung und dieser von der Synode bevollmächtigten Kommission begonnen. Im ganzen fanden fünf vieltägige Zusammenkünfte statt; mehrmals wurde im Beisein von Ministerpräsident Otto Grotewohl verhandelt. Als nach der ersten Verhandlung der ganze Umfang der Probleme und Schwierigkeiten des Stoffes deutlich wurden, äußerte man kirchlicherseits den Wunsch, die Kommission um zwei Mitglieder erweitern zu dürfen. Mit staatlicher Zustimmung wurden daraufhin Bischof D. Krummacher aus Greifswald und Bischof D. Noth aus Dresden kooptiert. Die „Ostkonzferenz der Bischöfe“ *bevollmächtigte* dann nochmals ausdrücklich diese Kommission für alle weiteren Verhandlungen und autorisierte sie, bindende Abmachungen zu treffen. Als gegen Schluß der Verhandlungen von staatlicher Seite der Entwurf eines Kommuniqués vorgelegt wurde, wurde dessen endgültige Fassung durch den dienstältesten Bischof D. Mitzenheim diktiert. Diese Fassung fand die allgemeine Zustimmung und wurde daraufhin durch das Presseamt beim Ministerpräsidenten veröffentlicht. Das geschah mit dem Datum vom 21. Juli 1958.

Man hätte nun meinen können, daß Synode und Kirchenleitung sich über diesen Erfolg gefreut hätten. Denn eine Reihe von Schwierigkeiten war durch diese direkten Verhandlungen beseitigt worden. Das Kommuniqué machte auch das Tor zu weiteren Verhandlungen auf, wie es auch eine staatsrechtliche Existenzgrundlage für alle Christen in der Deutschen Demokratischen Republik bildete. Aber in den Reihen der obersten Kirchenführer entstand ein starker Widerspruch, als die gemeinsame Erklärung des Staates und der Kirche bekannt wurde. Bischof D. Dibelius hielt *bereits am 26. Juli* eine Ansprache über den Rias und sprach seinen Unwillen über die Vereinbarungen aus. Er sagte, die letzte Synode der EKID hätte doch das „äußerst gespannte Verhältnis zwischen Staat und Kirche auf die Formel gebracht, in der Deutschen Demokratischen Republik sei ein Christ ein Bürger zweiter Klasse“, und „nun höre man von gemeinsamen Verhandlungen und gemeinsamen Erklärungen?“ *Er lehnte sie ab* und sagte: „Merkwürdig, höchst merkwürdig!“

Fortan waren denn auch verschiedene Bischöfe und die kirchliche Presse genau wie er bemüht, aus einem eindeutigen „Ja“ ein „radikales Nein“ zu machen. Man hätte die Männer, die die Verhandlungen geführt hatten, gewiß in Acht und Bann getan, wenn man es gekonnt hätte. Über diese Kämpfe im kirchlichen Raume ist genug in die Öffentlichkeit gedrungen,

so daß jedermann weiß, wie groß die Empörung in gewissen kirchlichen Kreisen über die Vereinbarungen vom 21. Juli 1958 war.

Deshalb müssen wir den Männern, die die Verhandlungen geführt haben, um so dankbarer sein. *Sie haben den Boden für ein gesundes Verhältnis zwischen Staat und Kirche vorbereitet.* Vielen Pfarrern und Katecheten wird durch diese gemeinsame Erklärung eine Last vom Gewissen genommen, die dadurch entstanden war, daß die Leitung der EKID nach 1945 weithin der Versuchung erlegen war, sich mit dem Herrschaftsanspruch der bisherigen Machthaber und dem abendländischen Kulturideal zu identifizieren, aber in der neuen sozialistischen Wirtschafts- und Staatsordnung den Feind des Christentums zu sehen. Wenn eine Kirche einer derartigen Versuchung erliegt, dann ist sie in der Gefahr, zu einer illegalen politischen Partei und zu einem Staat im Staate zu werden, ihre organisatorische Existenz zu sichern und dabei das Evangelium Jesu in die Niederlage der abtretenden Gesellschaftsklasse zu ziehen.

Zu den wesentlichen Verlautbarungen des Kommuniqués gehörte die Erklärung der Kirche, daß sie den gegen die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik erhobenen Vorwurf des Verfassungsbruches nicht aufrechterhält. Zum anderen wurde festgestellt, daß der Militärseelsorgevertrag für die Gliedkirchen und Geistlichen in der Deutschen Demokratischen Republik keine Gültigkeit habe und demgemäß nicht verbindlich sei.

Durch diese Feststellung war zwar nicht das Unheil beseitigt, das auch die Synoden aus den Gliedkirchen der Deutschen Demokratischen Republik heraufbeschworen haben, als 44 von 46 für die Annahme des Militärseelsorgevertrages stimmten. Sie hatten nicht die politische Klugheit besessen, sich in dieser Frage der Stimme zu enthalten. Aber die Vertreter der „Aufrüstungstheologie“<sup>22)</sup> wußten, daß die Wehrvorlage im Bundestag gefährdet sein würde, wenn der Seelsorgevertrag nicht angenommen werden würde. So war es ihnen nach dem zweimaligen Verlesen eines Briefes, den Minister Stoph geschrieben hatte, gelungen, auch die Synodalen aus der Deutschen Demokratischen Republik für den Vertrag zu gewinnen. *Der aus dieser Zustimmung für die Geschichte des*

<sup>22)</sup> Bischof Lilje prägte in seinem „Sonntagsblatt“ nach der bekannten Bundestagsrede von Dr. Heinemann im Februar 1958 das Schlagwort von der „Theologie der Abrüstung“. Er machte den „Abrüstungstheologen“ schwere Vorwürfe.

Dr. Heinemann hatte Bundeskanzler Dr. Adenauer zum Rücktritt aufgefordert, weil er das ernsthafte Angebot der Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik vom Februar 1952 der westdeutschen Bevölkerung unterschlagen hatte. — Auf einen Zuzug aus den Reihen der CDU hin hatte er ferner gesagt: „Christus ist nicht gegen Karl Marx, sondern er ist für uns alle gestorben.“ — Wir sind also berechtigt, auch von „Aufrüstungstheologen“ zu sprechen.

*deutschen Volkes entstandene Schaden ist nicht rückgängig zu machen*, wenn man den Schaden, den die Kirche selbst dadurch genommen hat, auch außer acht läßt. Aber immerhin stellte das Kommuniqué nun fest, daß der Militärseelsorgevertrag für die Kirchen der DDR nicht verbindlich ist.

Die weiteren Sätze des Kommuniqués geben der christlichen Verkündigung und den kirchlichen Diensten in einem sozialistischen Staate weiten Raum, wenn man das Christentum durch die Tat bewahrheiten will. Von den Christen und Kirchen in der Deutschen Demokratischen Republik wird gesagt: „Sie respektieren die Entwicklung zum Sozialismus.“ Bischof Dibelius kommentierte diese Feststellung in der erwähnten Rias-Ansprache zwar in folgender Weise: „... sie respektieren sie; aber sie brauchen sie nicht mitzumachen.“ Wir sind anderer Meinung und werden bemüht bleiben, im Sozialismus den Mahnruf Gottes an Christenheit und Kirche zu hören.

Es heißt dann weiter: „Sie tragen zum friedlichen Aufbau des Volkslebens bei... Ihrem Glauben entsprechend erfüllen Christen ihre staatsbürgerlichen Pflichten auf der Grundlage der Gesetzlichkeit.“ Damit ist ausgesprochen, daß für uns Christen in der Deutschen Demokratischen Republik die Empfehlungen des Apostels Paulus aus Röm. 13 verbindlich sind: „Es ist keine Obrigkeit ohne Gottes Willen.“ Ebenso wird damit gesagt, daß wir uns wohl hüten müssen, in Überheblichkeit die Nomenklatur des 13. Kapitels der Offenbarung des Johannes auf unseren Staat anzuwenden, wie es unter anderem auf dem Kirchentag zu Berlin im Jahre 1951 bei der Jugendkundgebung im Walter-Ulbricht-Stadion geschehen war. Denn die humanistische Zielsetzung in unserem Staate wird besonders in seiner sozialen Gesetzgebung und in seiner Friedenspolitik deutlich. Deshalb heißt es in der Vereinbarung: *„Die Kirche stimmt grundsätzlich mit den Friedensbestrebungen der Deutschen Demokratischen Republik und ihrer Regierung überein“*, und *„sie dient mit den ihr gegebenen Mitteln dem Frieden zwischen den Völkern.“* Von einer voll- autorisierten und durch die Synode und die Ostkonferenz der Bischöfe legitimierten obersten kirchlichen Kommission war somit festgestellt worden, *daß ein Christ mit ganzer Bereitschaft im Lager der Weltfriedensbewegung stehen kann und wohl auch stehen muß!*

In der sozialistischen Welt ist die Entscheidung gegen den Krieg endgültig gefallen. Wir sehen im Kriege kein Walten Gottes in der Geschichte mehr; wir erschrecken vielmehr vor der ungeheuren Schuld, die von Menschen in zahllosen Eroberungs- und Weltkriegskriegen zum Unheil anderer, unschuldiger Menschen begangen worden ist. Haben Menschen aber bisher Kriege machen können, dann müssen Menschen auch den Krieg verhindern und den Frieden sichern können, wie

Jesus Christus die Menschen selig preist, „die den Frieden machen; sie werden Gottes Kinder heißen“ (Mt. 5, 9).

So ist durch die gemeinsame Erklärung der bevollmächtigten Vertreter von Kirche und Staat am 21. Juli 1958 eine Vereinbarung getroffen worden, die erkennen läßt, daß der einzelne Christ in einem sozialistischen Staatswesen Gewissensfreiheit genießt; es heißt: „Jeder Bürger genießt volle Glaubens- und Gewissensfreiheit.“ Ferner wird der Kirche gemäß der Verfassung der volle Schutz des Staates bei der Ausübung ihrer kirchlichen Dienste erneut zugesichert: „Die ungestörte Religionsausübung steht unter dem Schutze der Republik.“ Voraussetzung für beide Garantien ist allerdings die Bereitwilligkeit von Kirche und Christen, die Entwicklung zum Sozialismus zu respektieren und die staatliche Gesetzlichkeit einzuhalten.

Die Verhandlungen und Vereinbarungen sollten ein Anfang sein. Es wurde von staatlicher Seite bei Abschluß der Verhandlungen ausdrücklich erklärt, daß das Tor für weitere Verhandlungen offen sei. Somit hat die Evangelische Kirche eine große Möglichkeit, in veränderten Verhältnissen und in einer sozialistischen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung die Botschaft Jesu vom Anbruch der Gottesherrschaft zu verkündigen. Die Religiösen Sozialisten haben gezeigt, daß man diesen kirchlichen Auftrag durchaus erfüllen kann. Sie haben deutlich gemacht, daß das Christentum gerade dem Sozialismus gegenüber vor große und neue Aufgaben gestellt ist. So fragen wir am Schluß unserer Untersuchungen mit aller Deutlichkeit und mit dem Wissen um unsere Verantwortung vor Gott, vor unserer Kirche und vor unserem Volke:

Wo wird die Entscheidung fallen? Im Kampfe gegen den Atheismus, der von einer konservativen Kirchenleitung mit veralteten, unchristlichen Methoden geführt wird, oder dort, wo man aus Sorge um die Glaubwürdigkeit der christlichen Botschaft an diesen kirchlichen Methoden scharfe Kritik übt, wie die Religiösen Sozialisten es schon getan haben?

Wo wird die Zukunft der christlichen Kirche liegen? Bei einer restaurativen Theologie, die Aufrüstung, allgemeine Dienstpflicht, Atomwaffen und Bruderkrieg zu rechtfertigen sucht, oder bei einer Theologie, die sich unter das Gericht stellt, das Gott durch den Sieg des revolutionären Sozialismus auch über die Kirchen ausspricht, die Gott nichts Neues zutrauen?<sup>23)</sup>

<sup>23)</sup> In der erwähnten Erklärung des Bruderrates der Bekennenden Kirche „zum politischen Weg unseres Volkes“ vom 8. August 1947 heißt es in den kraftvollen Schlußsätzen:

„Laßt euch nicht verführen durch Träume von einer besseren Vergangenheit oder durch Spekulationen um einen kommenden Krieg, sondern werdet euch in (dieser) Freiheit und in großer Nüchternheit der Verantwortung bewußt, die alle und jeder einzelne von uns für den Aufbau eines besseren deutschen Staatswesens tragen, das dem Recht, der Wohlfahrt und dem inneren Frieden und der Versöhnung der Völker dient.“

Wie ist unsere Existenz als Christen möglich, und wo haben wir zu stehen? Im ‚christlichen Abendland‘, das sich zu seiner ‚Verteidigung‘ auf einen Atomwaffenkrieg von ungeheurem Ausmaße vorbereitet, oder in der sozialistischen Welt, die trotz vieler noch vorhandener Schwierigkeiten und Mängel dennoch in vielen Stücken Gott dient ohne ihn zu kennen oder zu bekennen (vgl. Jes. 45, 4 ff.)?

Es erschien uns notwendig, diese Fragen zu stellen, nachdem wir Tatsachen und Ereignisse, Beschlüsse und Erklärungen, Meinungsäußerungen und Buchzitate untersucht haben, die die Begegnung von Christentum und Sozialismus zum Inhalt haben. Diese Fragen sollten uns nicht zu schnell zur Ruhe kommen lassen.

Wie in der Einleitung, so muß aus sachlichen Gründen auch am Schluß der Ausführungen darauf verwiesen werden, daß es sich bei dem vorgelegten Heft um den Teildruck einer größeren geschichtlichen und gesellschaftskritischen Untersuchung handelt. Ein solcher Teildruck mußte Mängel haben, die sich nur hätten beseitigen lassen, wenn man die ganze Anlage der Schrift wesentlich verändert hätte. Das dürfte wiederum im Hinblick auf die zu erwartende Ganzfassung nicht geschehen.

Es soll deshalb in einer letzten Bemerkung nur darauf verwiesen werden, daß das Communiqué vom 21. Juli 1958 sich in der Tat als eine ‚offene Tür‘ erwiesen hat. Weitere Verhandlungen sind gefolgt. Wesentliche Erklärungen führen über die Vereinbarungen vom 21. Juli 1958 hinaus. So sagte der Vorsitzende des Staatsrates, Walter Ulbricht, vor der Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik am 4. Oktober 1960 in der Programmatischen Erklärung aus Anlaß der Konstituierung des Staatsrates: *„Das Christentum und die humanistischen Ziele des Sozialismus sind keine Gegensätze.“*

Wir werden in den ersten Kapiteln unserer Untersuchung den Nachweis zu erbringen haben, daß es zu manchen Spannungen zwischen der christlichen Kirche und der aufkommenden revolutionären Arbeiterbewegung nicht hätte kommen dürfen, wenn die Kirche sich nur im Gehorsam zu der Botschaft Jesu Christi und nicht in der Bindung an gewisse gesellschaftliche, politische, kulturelle und staatliche Gegebenheiten befunden hätte. Um so mehr müssen wir Christen es mit Dankbarkeit zur Kenntnis nehmen, daß diese wesentliche Aussage von marxistischer Seite gemacht wurde und verfassungsgrundsätzlichen Charakter hat. Groß ist zwar der Unwille, mit dem diese Programmatische Erklärung von den meisten Kirchenführern der Bundesrepublik aufgenommen wurde; uns ist sie eine Ver-

pflichtung, unsere Existenz als Christen in einer sozialistischen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung noch verantwortungsbewußter, noch ‚gläubiger‘ zu verstehen. *Unserer Christlichkeit ist eine neue Gelegenheit zur Bewährung gegeben.* Möge es gelingen, sie recht zu nutzen.

Damit das geschehe, möchten wir noch auf die Schlußworte verweisen, die wir in einer anderen Schrift gemacht haben, die speziell den zitierten Satz aus der Programmatischen Erklärung kommentieren will und Gedanken zur Geschichte und zum Begriff des Humanismus bringt unter dem Titel *„Die Überwindung von Krieg und Barbarei“* (Herausgegeben von der ‚Arbeitsgemeinschaft ehemaliger Offiziere‘ e. V., Berlin 1962). Es heißt dort:

*„Uns haben die Worte innerlich gepackt und verpflichtet, die der Vorsitzende des Staatsrates aus Anlaß der Übergabe der Unterschriften von 32 000 Christen am 9. Februar 1961 gesagt hat. Denn diese Worte machen eindeutig, wie die christliche Existenz in einer sozialistischen Staats- und Gesellschaftsordnung verwirklicht werden soll:*

*„Ich komme aber im Zuge unserer praktischen und freundlichen Zusammenarbeit immer mehr zu der Überzeugung, daß Sozialisten, Kommunisten und Christen – unbeschadet ihrer verschiedenen Weltanschauungen – bei der Gestaltung des Lebens und der Gesellschaft und bei der Sicherung des Friedens auf dieser Erde zusammengehören und einfach zusammenarbeiten müssen.“*

Diese Worte weisen in die Zukunft. Wenn es in der Vergangenheit manchmal starke Spannungen und Gegensätzlichkeiten gegeben hat, so sind einige Ursachen dafür im Zuge dieser Abhandlung deutlich geworden. Deshalb nehmen wir Christen es dankbar zur Kenntnis, daß diese Gegensätzlichkeiten *der Vergangenheit angehören sollen.* Das Gefühl der Zusammengehörigkeit, der Achtung und der Freundschaft, also ein rechter Humanismus, werden unsere gemeinsame Zukunft bestimmen. — So heißt es in den folgenden Sätzen, mit denen der Staatsratsvorsitzende die Unterschriften von Prof. D. Fuchs entgegennahm:

*„Ein Christ, der seine humanistischen und sozialen Ziele ernst nimmt, der seinen Kopf frei macht von den Vorurteilen und dem Ballast einer toten Vergangenheit, sollte eigentlich gar nicht anders können, als sich mit dem Sozialismus zu vereinigen. Und ich finde, wir sollten ihn immer und auf jeder staatlichen und gesellschaftlichen Ebene herzlich willkommen heißen und ihm mit Achtung und Freundschaft begegnen.“*

So ist der Weg großzügig abgesteckt. Es steht bei uns Christen, daß wir ihn in Verantwortung vor Gott und in Liebe zu dem Bruder, der heute der sozialistische Bruder ist, gehen.

Von den bisher erschienenen Titeln der Reihe „Hefte aus Burgscheidungen“ sind noch folgende Nummern lieferbar:

- 2 Prof. Dr. Kurt Wiesner: Ökumene und Weltfriedensbewegung
- 6 Prof. Dr. Gerhard Reintanz: Auf dem Wege zur Wiedervereinigung Deutschlands
- 8 Günter Wirth: „Europäische Einigung“ oder Europa des Friedens?
- 18 Hubert Faensen: Die künstlerische Gestaltung der christlichen Existenz im Sozialismus
- 19 Gertrud Illing: Der 20. Juli 1944
- 23 Herbert Trebs: Sozialistische Kulturrevolution und christlicher Glaube
- 24 Günter Wirth: Zur Politik der Christlich-Demokratischen Union 1945 bis 1950
- 26 Prof. Dr. Gerhard Reintanz: Afrika — Einige seiner Probleme
- 27 Duong-Van-Dam: Die Lage des Katholizismus in Vietnam
- 28 Prof. Dr. Kurt Wiesner: Albert Schweitzer zum 85. Geburtstag
- 33 Dr. Bohuslav Pospíšil: Die Prager Christliche Friedenskonferenz
- 54 Prof. Dr. Amedeo Molnár: Johannes Hus, der Wahrheitsverteidiger
- 57 Die Bewegung nationaler Christen in Indien (The Indian National Hindustani Church)
- 58 Hermann Kalb, Adolf Niggemeier, Karl-Heinz Puff: Weg und Ziel der Adenauer-CDU — Zu einigen Fragen ihrer antinationalen Politik
- 59 Siegfried Welz: Der algerische revolutionäre Befreiungskrieg
- 61 Hans Zillig: Der Christ in der sozialistischen Landwirtschaft
- 62/63 Alwin Schaper: Der nationale Gedanke und der Kampf für den Frieden
- 64/65 Rolf Börner: Die verräterische Politik der Führung der Adenauer-CDU im Spiegel ihrer Parteiprogramme (1945 bis 1961)
- 66 Gertrud Illing: Der deutsche Kolonialismus und der Neokolonialismus des Bonner Staates
- 67 Christen und Marxisten verbinden gemeinsame Ziele und Ideale — Das Gespräch des Vorsitzenden des Staatesrates, Walter Ulbricht, mit einer Delegation von Theologen, kirchlichen Amtsträgern und christlichen Bürgern am 9. Februar 1961
- 68 Alwin Schaper: Antikommunismus — Instrument der Kriegsvorbereitung
- 70 Dr. Helmut Roob: Erbe und Vorbild — der frühbürgerliche Humanismus in der Sicht unserer Zeit

- 71 Siegfried Welz: Kubas Weg in die Freiheit
- 75/76 Dr. Gerhard Desczyk: Vermächtnis und Ansporn — Fortschrittliche christliche Traditionen
- 77 Alwin Schaper: So wurde Deutschland gespalten
- 78 Gerald Götting: Die Notwendigkeit der gesellschaftlichen Neuorientierung der Christenheit in Deutschland. — Die Kirche und das Nationale Dokument
- 79 Dr. Heinrich Toeplitz: Der deutsche Friedensvertrag ist notwendig
- 80 Rolf Börner: Die Verantwortung der Christen bei der Lösung der nationalen Frage in Deutschland
- 81 Gerald Götting: Entscheidung des Christen für die Sache der Nation
- 82/83 Siegfried Welz: Lateinamerika tritt auf den Plan

Verkaufspreis 0.50 DM — Doppelheft 1,— DM